Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 62. Donnerstag, den 14. März 1918. 25. Jahrg.

Eine Wahlschlacht von weittragender Bedeutung.

Am heutigen Donnerstag findet in Niederbarnim eine Wahl statt, die für die weitere Entwickelung der deutschen Arbeiterbewegung von größter Bedeutung sein wird. Es handelt sich um den Wahlkreis Niederbarnim, der seit 30 Jahren eine Hochburg der Sozialdemokratie ist und doch jetzt in einem so hitzigen Wahlkampf umstritten wurde, wie während des Krieges noch kaum einer ausgefochten wurde.

Diese Lebhaftigkeit des Wahlkampfes rührt nicht von dem Auftreten dreier bürgerlicher Kandidaten her. Konservative, Nationalliberale und Fortschrittler sind diesmal selbständig vorgegangen und haben sogar einige Agitation geleistet. Der konservative Amtsvorsther Kühn-Birkenwerder hat sich als echt deutscher Mann und Anhänger eines deutschen Friedens im Sinne der Vaterlandspartei über die „sogenannte Neuorientierung" lustig gemacht, der nationalliberale Stadtrat von Lichtenberg Dr. Marotzki hat sich für das gleiche Wahlrecht in Preußen begeistert, das seine lieben Kollegen im Landtag gerade abwürgten, und der fortschrittliche Eisenbahnhandwerker Otto Hoffmann hat um die Stimmen der vielen Staatsarbeiter und Kleinbeamten im Kreise geworben. Aber die bürgerlichen Parteien brachten bei der letzten Wahl nur den dritten Teil der Stimmen auf, welche allein auf die Sozialdemokratie fielen, und nichts spricht dafür, daß sie inzwischen an Boden gewonnen hätten.

Die Entscheidung über den Besitz des Wahlkreises liegt also lediglich zwischen der Sozialdemokratie und den Unabhängigen. Diese beiden Parteien rangen erbittert um den Besitz des Kreises, und für die Leidenschaftlichkeit der Zusammenstöße spricht deutlich genug die Tatsache, daß in Lichtenberg und Weißensee die Unabhängigen durch Lärmen die sozialdemokratischen Versammlungen sprengten. Man mag die Wiederherstellung der proletarischen Einigkeit noch so dringend für notwendig halten, wenn man einen solchen Wahlkampf mit den Unabhängigen hinter sich hat, dann weiß man, daß man fest auftreten und kräftig deutsch reden muß, will man nicht von vornherein unter den Schlitten kommen.

Die Heftigkeit des Kampfes rührt auch daher, daß über seinen Ausgang niemand, selbst nicht der organisatorischer Leiter des Wahlkampfes, Auskunft zu geben vermögen. Bei der Parteispaltung ging unter Stadthagens Einfluß zunächst die sozialdemokratische Parteiorganisation des Kreises in ihrer gewaltigen Mehrheit zu den Unabhängigen über. Die Unabhängigen haben denn auch anfangs geglaubt, daß sie mühelos siegen würden und einen mitleidig herablassenden Ton gegen die Partei angeschlagen. Erst allmählich im Laufe des Wahlkampfes wurde ihnen klar, daß Zahlabendbeschlüsse sich keineswegs mit der wirklichen Volksstimmung decken müssen; sie erkannten die Gefahr des Verlustes, die ihnen drohte, und verdoppelten ihre Anstrengungen wie ihre fanatischen Angriffe auf die Partei.

Die Unabhängigen haben gelegentlich geklagt, daß sie in diesem Wahlkampf Sonne und Wind im Gesicht hätten, in sehr ungünstiger Lage fechten müssen. Aeußerlich scheint das auch so: sie haben kein täglich erscheinendes Blatt zur Verfügung, litten stark unter dem Belagerungszustand, hatten Schwierigkeiten mit dem Druck ihres Wahlmaterials und entbehrten zeitweilig ihres Kandidaten Dr. Breitscheid, der während des Wahlkampfes vorübergehend zu seinem Armierungsbataillon reisen mußte. Aber was bedeuten diese kleinen technischen Schwierigkeiten der Wahlarbeit gegenüber der extrem-ungünstigen politischen Situation, in der die Partei stand!

Der Friede im Osten mußte auf weite Kreise natürlich den Eindruck machen, als ob Deutschland doch eine Eroberungspolitik verfolgt und die Partei sich zu ihrem Werkzeug erniedrigt hätte. Von den großen inneren Reformen, deren Durchsetzung die Partei angebahnt hat, sind die wichtigsten Stücke noch nicht gesichert. Hätten wir heute schon das gleiche Wahlrecht in Preußen, wären die Unabhängigen in Niederbarnim und überall in einer viel ungünstigeren Lage als sie tatsächlich sind.

Die Sozialdemokratie hat sich durch die keineswegs eindeutige Entwickelung der letzten Woche nicht abschrecken lassen, unverhüllt und rückhaltlos ihre ganzen Anschauungen vor den Wählern auszubreiten. Unser Kandidat, Arbeitersekretär Rudolf Wissell, hat sich mit unzweideutiger Entschiedenheit für die Landesverteidigung und für die schrittweisen Reformen im Innern ausgesprochen, so klar und entschieden, wie vielleicht noch kein Parteikandidat vor ihm. Praktische Arbeiterpolitik gegen Wortradikalismus, das eigene Vaterland als Voraussetzung jeder Internationalität — das hat er in immer neuen Beweisstücken und Bildern den Wählern als seine Grundsätze vor Augen geführt.

Die Unabhängigen haben sich demgegenüber weder zur Landesverteidigung noch zu irgend einer anderen großen politischen Frage klar geäußert. Sie haben sich damit begnügt, auf die „Gewerkschaftsbureaukraten und Parteibonzen" zu schimpfen, von den gepolsterten Klubsesseln und den Reisen an die Front zu phantasieren und vor allem recht oft „Regierungssozialist" und wieder „Regierungssozialist" zu sagen. Rudolf Wissell, der 30 Jahre in treuer Arbeit das Vertrauen der Arbeiterschaft gerechtfertigt hat, und dessen Tätigkeit gerade wir Lübecker zu schätzen wissen, wurde von ihnen als „Mann der Generalkommission" mit allen möglichen Sünden belastet, welche man den „Instanzen" nur andichten kann.

Diese Kampfweise zwang die Partei, auch die Person des Unabhängigen Kandidaten, des Herrn Dr. Rudolf Breitscheid, ins rechte Licht zu setzen. In 10 Jahren hat der Mann für vier verschiedene Parteien nicht bloß öffentlich gewirkt, sondern auch Kandidaturen übernommen. Vor seiner Stellungnahme zur Landesverteidigung hat kein anderer als Karl Radek gewarnt, weil Breitscheid zu franzosen- und engländerfreundlich sei. Gegen Dogmatismus und Prinzipienreiterei hat Breitscheid in Reden und Aufsätzen jahrelang packende Worte gefunden. Die Hüter des „Allerheiligsten Sozialistischen Gedankens" hat niemand bitterer verspottet als er. Und jetzt stellt er sich im Wahlkampfe als Prinzipienwächter hin und wirft mit großer Emphase der Sozialdemokratie vor, daß sie die alten Grundsätze verraten hätte!

Niederbarnim, Stadthagens Erbe, den Kreis der großen Arbeitervororte im Osten und Norden Berlins, wollen die Unabhängigen um jeden Preis halten. Verlieren sie ihn, dann ist ihre Bewegung verurteilt, nach dem Kriege zu einer kleinen unfruchtbaren Sekte zu verdorren. Was sie fürchten, hoffen wir; denn es bedeutet die Wiederherstellung der Parteieinheit. Der Kampf ist hart. Kriegsnot und Nahrungsmittelschwierigkeiten nähren die Unzufriedenheit und jagen den Unabhängigen mehr Mitläufer zu, als ihre Grundsätze. Die Partei hat ehrlich und tapfer gefochten — das Urteil liegt in der Hand der Wähler.

Was der Krieg bringt.

Die Heeresberichte.

Deutsche Truppen in Odessa.

WTB. Berlin, 13. März, abends. (Amtlich.)
Die deutschen Truppen sind in Odessa eingedrungen.
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 13. März. (Amtlich.) Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen stehen vor Odessa.

In Venezien griffen zwei österreichisch-ungarische Kampfstaffeln zur Vergeltung feindlicher Luftangriffe den italienischen Flugplatz nördlich von Mestre an. Vier feindliche startbereite Jagdstaffeln wurden überfallen, auf 300—50 Meter Höhe mit Bomben beworfen und unter heftiges Maschinengewehrfeuer genommen. Eine italienische Flugzeughalle stürzte ein. Unsere Flieger kehrten vollzählig zurück und bombardierten auf der Heimfahrt noch Treviso und die feindlichen Gräben an der Piave.

An der Tiroler Front besiegte Oberleutnant Linker den 20. Gegner im Luftkampfe.

Es war wieder einmal nichts.

Kaum ist die Nachricht von den Friedensgerüchten in die Welt gegangen, da kommen auch schon von den verschiedensten Seiten die Dementis. Der schweizerische Bundesrat soll nach immer der Ansicht sein, daß der Zeitpunkt für ein Vermittlungsangebot noch nicht gekommen sei. Der Vatikan läßt erklären, daß er nicht mit Washington und auch nicht mit anderen Kriegführenden verhandelt habe. Das Morden geht also weiter!

Die kurländische Frage.

Wie bürgerliche Blätter melden, stützt sich der Beschluß des kurländischen Landesrats auf einen von Baron Rahden-Maihof und neun Unterzeichnern eingebrachten Antrag in dessen Begründung es u. a. heißt:

„Seit Jahrhunderten an die monarchische Staatsform gewöhnt und ihr stets aufrichtig ergeben, vermögen sich die staatstreuen Bewohner Kurlands keine andere staatliche Gestaltung vorzustellen, die gleich der erblichen Monarchie unabhängig von vorübergehenden Zeitströmungen und Parteiungen und erhaben über alle eigensüchtigen Interessengegensätze mit fester und gerechter Hand das Staatssteuer zu führen und jedem das Seine zu gewähren imstande wäre

Nur unter monarchischer Leitung und einer kraftvollen Regierung im engsten Anschlusse an das Deutsche Reich dürfen wir Kurländer eine Heilung der durch den Weltkrieg unserer Heimat geschlagenen schweren Wunden und ein erneutes Aufblühen aller ihrer Lebensverhältnisse erhoffen. Das uns vor Augen stehende Beispiel der bis zur wahnsinnigen Anarchie ausgearteten russischen Demokratie kann uns in unserer schon vorhandenen monarchischen Gesinnung nur noch befestigen und kräftigen. Die von uns ersehnte Personalunion mit dem ruhmreichen Hause Hohenzollern gibt uns die beste glücklichste Gewähr für Sicherheit, Wohlfahrt und inneren Frieden unseres Landes und für einen dauernden Anschluß an das Deutsche Reich.

Mit Livland und Estland verbinden uns nicht nur die bisherigen Schicksale dieser Lande und die gemeinsamen Leiden und Erlebnisse von Jahrhunderten, sondern auch die Gemeinschaft unseres religiösen Bekenntnisses und der wertvollsten Güter einer im Grunde gleichartigen Kulturentwickelung. Auch das gesamte, durch die völkerverbindende Ostsee bedingte und geförderte Wirtschaftsleben läßt die Interessen der drei Ostseeländer so ineinander verflochten sein, daß ein Zerreißen dieser Fäden nicht ohne tiefen Schmerz und empfindlichste Einbuße erfolgen könnte. Geographisch und geschichtlich gehören Liv-, Est- und Kurland zusammen und es scheint dem Landesrate hocherwünscht, wenn schon möglichst bald eine Einheitlichkeit in Verwaltung und Verfassung geschaffen würde, wobei gleichzeitig der Wunsch nach einer völligen Trennung des neuen Baltenlandes von Litauen zum Ausdruck gebracht wird."

Der Antrag trägt neben der Unterschrift des bereits erwähnten Barons v. Rahden-Maihof noch die Namen folgender Unterzeichner: A. Bernewitz, A. Weschneek, Baron v. Manteuffel-Dserwen, Propst A. Bernewitz, Baron O Vietinghoff, Baron Max Lieven, Baron R. v. Grotthuß, O. Litisch und Wilhelm Fürst Lieven.

In einer sich anschließenden kurzen Debatte, in der sich sämtliche deutschen Redner zugunsten des Antrages aussprachen, gab namens der Vertreter des lettischen Kleingrundbesitzes Gutsbesitzer A. Weschneek nachstehende bedeutsame Erklärung ab:

„Indem wir den Vorschlägen zustimmen, wollen wir noch besonders den Wunsch der lettischen Bevölkerung zum Ausdruck bringen, daß die **lettischen Teile des Vaterlandes nicht auseinandergerissen, sondern dauernd vereint bleiben**

Es liegt uns ferner am Herzen, zu betonen, daß die **lettische Landbevölkerung nicht einen eigenen Herzog, sondern den Deutschen Kaiser und König von Preußen als Herrscher zu haben wünscht,** zu dessen gerechter und fester Regierung wir volles Vertrauen haben."

Die ganze Art dieser Aufmachung mutet sonderbar an, wie auch die Eile, mit der man diese ganze Geschichte betrieben hat. Wir begrüßen es demgegenüber, daß sich nach einer Meldung der „Voss. Ztg." die Führer der Mehrheitsparteien im Reichstage in einer Besprechung entschieden gegen die Personal-Union ausgesprochen haben.

Die Petersburger Regierung nach Moskau abgereist.

Nach einer Petersburger Havasmeldung ist die Regierung nach Moskau abgereist. In Petersburg wurde unter dem Vorsitz Trotzkis ein besonderes Revolutionskomitee aus sieben Mitgliedern gebildet.

Die neutralen Mächte beschlossen, in Petersburg zu bleiben.

Ueber die Kämpfe in Finnland

meldet das Hauptquartier der Weißen: In Satakunda dauerten die Kämpfe die Nacht hindurch an, aber mit verminderter Stärke. Bei Ikalis wurde eine feindliche Abteilung geschlagen und zersprengt. Bisher wurden als Beute eingebracht: ein Geschütz, 40 Gewehre, eine ansehnliche Menge Munition und zahlreiche Gefangene. In Tavastland wurden feindliche Vorstöße gegen Virdois jetzt nach heftigen Kämpfen abgewiesen. Der Feind verstärkt seine Stellungen in der Gegend von Vaskevesi. Bei Kuhmoinen warfen unsere Truppen die überlegenen Angreifer zurück. In Kerelen, **wo bedeutende russische Kräfte an den Kämpfen teilnehmen,** dauerten die heftigen feindlichen Angriffe bei Ahvola die ganze Nacht hindurch an, wobei der Feind öfters Bajonettangriffe unternahm. Bei Raute lebhaftes Artillerie- und Infanteriefeuer.

Wie „Socialdemokraten" mitteilt, kehrten aus Finnland die schwedischen Sozialdemokraten zurück, die dort versuchten, zwischen den Weißen Gardisten und den Roten Gardisten zu vermitteln. Sie konnten nichts erreichen, weil die Revolutionsregierung in Helsingfors im Vertrauen auf ihre bewaffnete Macht von einer Vermittelung nichts wissen wollte. Doch ersuchte das **finnische Volkskommissariat das deutsche Kommando auf Aaland, mit ihm in Verhandlungen treten zu dürfen,** was nach dem „Socialdemokraten" auch bewilligt werden sein soll.

Die Aktion in Ostasien.

„Daily Chronicle" erfährt aus Petersburg: Es ist die Nachricht eingetroffen, daß die Konsuln der Alliierten in Wladiwostok ein **Ultimatum an die Lokalbehörden** richteten, in dem sie die Wiederherstellung des vor der Herrschaft der Bolschewiki bestehenden Regierungssystems forderten sowie den **Schutz der Untertanen der alliierten Länder gegen die Einmischung der lokalen Verwaltung** verlangten.

Dieses Vorgehen der Wladiwostoker Konsuln der Alliierten, das den gemeldeten Protest in Petersburg ergänzt, beleuchtet die Lage. Es ist nicht nur mehr ein bloßes Verspiel des Angriffs, der zu erwarten ist, ist vielmehr als der Uebergang zum Angriff aufzufassen, der im Namen des Schutzes von bedrohten Untertanen zur Eroberung schreitet. Und es geht hier wir überall: die Eroberer finden Sukkurs in dem Lande, das ihre Gewaltpolitik für sich erkoren hat. Der Washingtoner Korrespondent der „Neuyork World" berichtet, daß es **jetzt wohl sicher sei, daß starke japanische Streitkräfte nach Sibirien und der nördlichen Mandschurei** gesandt werden. Vielleicht werde sich ihnen eine russische Division anschließen, die aus Soldaten zusammengestellt ist, die den Alliierten freundlich gesinnt sind und sich vor den Bolschewiki nach Japan und dem nördlichen Sibirien geflüchtet haben. Fürst Lwow, jetzt in Peking, werde wahrscheinlich die Führung dieser Division übernehmen. Es sind Offiziere bestimmt worden, um die chinesische Division zu kommandieren, die sich den Japanern anschließen wird.

Vom deutschen Luftangriff auf Paris.

Die Pariser Untergrundbahnstation, auf deren Eingangstreppe, wie gemeldet, 66 Personen erdrückt worden waren, gehört nicht zu den Stationen ersten Ranges.

Der schmalen Treppe drängten gleichzeitig viele Hunderte von Menschen von zwei Straßenecken zu. Die Polizei erwies sich ohnmächtig, die Anstürmenden zurückzuhalten. Die benachbarten Haustore waren gesperrt, und in unmittelbarer Nähe loderten die Flammen empor, die mehrere Granatentreffer entzündet hatten. Man hatte versäumt, Posten aufzustellen und dem Publikum den Zugang zu anderen Untergrundbahnstationen zu weisen. Daher die furchtbare, opferreiche Panik. Die Gesamtzahl der Opfer in Paris und Vannmeile übersteigt 150. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Neuer Luftangriff auf England.

Berlin, 13. März. 1918. (Amtlich.) In der Nacht vom 12. zum 13. März hat eine unserer Marineluftschiff-Geschwader mit gutem Erfolge befestigte Plätze und militärische Anlagen am Humber und in der Grafschaft York angegriffen. Die Schiffe stießen auf starke artilleristische Gegenwehr, die den Angriff jedoch nicht aufhalten konnte. Alle Schiffe sind ohne Beschädigungen zurückgekehrt. Die Führung hatte auch diesmal wieder Korvettenkapitän Strasser. Aus der Zahl der Kommandanten verdienen als oft bewährte Englandfahrer erwähnt zu werden: Korvettenkapitän der Res. Proehls, Kapitänleutnant Freiherr Treusch von Buttlar-Brandenfels, Kapitänleutnant Ehrlich (Herbert), Hauptmann Manger und Kapitänleutnant von Freudenreich. Der Chef des Admiralstabes.

*

Englische Meldungen.

London, 13. März. (Amtlich.) Die Verluste bei dem Luftangriff belaufen sich jetzt auf insgesamt 20 Tote und 40 Verletzte. Man befürchtet, daß noch eine Leiche unter den Trümmern begraben ist.

(Amtlich.) Ein oder zwei feindliche Luftschiffe griffen heute abend spät die Küste von Yorkshire an. Wie gemeldet wird, fielen einige Bomben in kurzen Entfernungen auf das Binnenland. Berichte über Verluste und Sachschaden liegen noch nicht vor. Der Angriff geht noch weiter.

Die englischen Maschinenbauer streiken nicht.

Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge erfährt die „Times", daß der Maschinenarbeiterverband die Rekutierungsvorschläge der Regierung in vollem Maße annahm. Es wurde vereinbart, daß man mit der Aushebung der Mannschaften unbehindert fortfahren, und daß nicht gestreikt wird.

Ein irisches Ultimatum.

Die „Morning Post" meldet, daß die Irenpartei der Regierung ein Ultimatum nach Einführung der Homerule in Irland bis Ende Mai stellte. Die Irenpartei lehnt jede weitere Vertagung der Homerule in Irland bedingungslos ab und wird nach der gestellten Frist im Parlament zur schärfsten Opposition übergehen.

Kleine Nachrichten.

Der deutsche Schlepper „Hindenburg" ist an der Aalands-Küste gesunken. **Außer drei bei der Explosion umgekommenen Leuten ist die gesamte Besatzung gerettet.**

Die Berufung Bolo Paschas und **Porcheres** ist **abgewiesen** worden.

Deutscher Reichstag.

Die Mittelstandsnöte im Reichstag.

Der Reichstag beschäftigte sich am Mittwoch mit einer Mittelstandsinterpellation des Zentrums. Mit leichtem bajuwarischem Zungeneinschlag forderte der Abg. Irl, daß für den durch den Krieg und das Großkapital arg bedrängten Mittelstand etwas geschehen müsse. Die Gründe alles Uebels scheinen ihm einerseits der sozialistisch verseuchte Apparat der Kriegwirtschaft, andererseits die großkapitalistischen Prinzipien eines Rathenau zu sein, von deren Beibehaltung er den vollständigen Ruin des Mittelstandes befürchtet. Er erwartet, daß sofort nach Kriegsschluß die alten Zustände wiederhergestellt werden. Ihm antwortete der Staatssekretär Freiherr vom Stein. Er bedauerte die Kriegsmaßnahmen, vor allem die Stillegung von Betrieben, die aber nicht zu umgehen waren und gibt für die Zukunft Zusicherungen, die beruhigend wirken sollen.

Gen. Brühne legte klar die Ursachen dar, die jetzt am Werke sind, das Kleingewerbe auszurotten; im Zeitalter des Großbetriebes kann das Kleingewerbe den Konkurrenzkampf eben nicht durchführen. Er wies darauf hin, daß das Großkapital rücksichtslos den Mittelstand proletarisiert, und ging des Näheren auf die kapitalistische Verrottung ein, deren Höhepunkt mit dem Fall Daimler erreicht ist. Das Großkapital ist gewillt, sich rücksichtslos durchzusetzen und scheut selbst vor den Mitteln der Erpressung und des Hochverrates nicht zurück. Der Abg. Doormann von der Volkspartei schob die Frage wieder auf das Nebengleis der sogen. „sozialistischen" Wirtschaftsreform. Es scheint eben dieser Partei jedes Mittel recht zu sein, um die Zwangswirtschaft zu diskreditieren und einem sogenannten „freien Handel" Tür und Tor zu öffnen, der nur noch dazu fehlt, den heutigen Zuständen die Krone aufzusetzen.

Heute wird dieser Faden wahrscheinlich weiter gesponnen werden.

Mittwoch, den 13. März 1918.

139. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Freiherr v. Stein.

Auf der Tagesordnung steht die Mittelstandsinterpellation des Zentrums. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des selbständigen gewerblichen Mittelstandes im Handwerk, Kaufmannsstand und der Kleinindustrie, die schon vor dem Kriege sehr schwierige waren, sind durch die lange Dauer des Krieges und die tiefeinschneidenden behördlichen Maßnahmen noch wesentlich verschlimmert worden. Zu einer leistungsfähigen Wirtschaftspolitik gehört die Erhaltung möglichst vieler selbständiger lebensfähiger Existenzen im Gewerbestand.

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler für den selbständigen Mittelstand zu treffen, um die Schädigung desselben möglichst hintanzuhalten und seinen Wiederaufbau in die Wege zu leiten.

Staatssekretär Freiherr v. Stein (Reichswirtschaftsamt) erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Irl (Zentr.) begründet die Interpellation. Wir sprechen in unserer Interpellation von dem lebensfähigen Mittelstand. Unliebe Begleitwirkungen, an deren mißlichen Verhältnissen die einzelne Familie selbst schuld ist, können wir nicht schützen. Im übrigen möchten wir die Grenzen des Mittelstandes nach oben und unten möglichst weit gezogen wissen. Hüten muß man sich vor den Einflüssen sozialistischer Ideen im Wirtschaftsleben. Diese Gefahr ist nicht gering zu schätzen, denn unsere Beamten haben während ihrer Studienjahre zu einem sehr großen Teil zu den Füßen der Kathedersozialisten wie Brentano, gesessen, und sind daher sehr geneigt, sozialistischen Ideen und Experimenten nachzugeben. Man darf aber auch im Krieg ins Wirtschaftsleben nicht stärker eingreifen, als aus militärischen Gründen unbedingt notwendig ist. Der Unterstaatssekretär Dr. Müller vom Kriegsernährungsamt verlangt in einem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" die größtmögliche Produktion mit den geringsten Mitteln und spricht sich in diesem Zusammenhange für die englischen Methoden der Konzentrierung der Betriebe aus. Wir lehnen diese Methoden mit ihrer Vernichtung von Hunderttausenden selbständiger Existenzen ab. Unser Wirtschaftsleben braucht den selbständigen gelernten Handwerker. Ebenso brauchen wir den selbständigen gelernten Kaufmann; gerade die Erfahrungen des Krieges haben gezeigt, daß der Staats- und Kommunalsozialismus vollständig versagt hat (Zustimmung im Zentr. und rechts.), daß durch die Wirtschaft mit Beamten zahlreiche Waren dem Verderben überliefert worden sind. (Lebh. Sehr wahr! im Zentr. und rechts.) Wir lehnen ein gefesseltes Wirtschaftsleben, wie es uns beispielsweise Herr Rathenau empfiehlt, mit aller Entschiedenheit ab. Es ist nicht zutreffend, daß nur in Großbetrieben rationell produziert werden kann; gerade die Materialersparnis ist in den Kleinbetrieben eine weit größere als in Großbetrieben. Auch in jeder anderen Hinsicht kann das heutige Handwerk im Vergleich mit dem Großbetrieb aushalten. Leider ist die gesunde Entwicklung des Handwerks durch den Krieg unterbrochen worden und die einzelnen Handwerker sehen sich der Vernichtung ihrer Existenz gegenüber. Gegen den Rathenauschen und Müllerschen Geist, der diese Entwicklung noch begünstigen will, müssen wir im Namen des Mittelstandes aufs schärfste Protest erheben.

Wir verlangen, daß die Organisationen des Handwerks bei allen Vergebungen berücksichtigt werden; die Wumba vergibt Arbeiten an Handwerker nur, wenn Betriebe zusammengelegt werden. Was jetzt durch einzelne Herren vom Kriegsamt durch die Stillegungen usw. verdorben wird, wird kein Reichswirtschaftsamt wieder gut machen können. (Sehr wahr! im Zentr.) Was dem Handwerk vor allem not tut, ist Arbeitsgelegenheit, Rohstoffbeschaffung und Kredit. Redner führt dies im einzelnen aus.

Staatssekretär Freiherr v. Stein: Die Stillegung von Betrieben ist eine Kriegsmaßnahme, die den Krieg jedenfalls nicht überdauern wird. Es wird dabei möglichst vorsichtig vorgegangen. Ich habe die feste Hoffnung, daß Stillegungen von Handwerksbetrieben jedenfalls in größerem Umfange nicht mehr notwendig sein werden. Wo örtliche Verhältnisse es bedingen, werden jedenfalls die beteiligten Kreise dabei gehört werden. Die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung sind bekannt. Bei den Rohstoffen, die überhaupt zu haben sind, wird eine freiere Selbstverwaltung sich mit der Zeit durchführen lassen. Wenn das Handwerk von den Behörden zu Lieferungen herangezogen werden soll, so gehören dazu leistungsfähige Lieferungsverbände. Es sollen örtliche beruflich gegliederte Beratungsstellen geschaffen werden, die den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern und den Witwen gefallener Krieger bei der Wiederaufrichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz zur Seite stehen. Die Regierung verfolgt jedenfalls mit größter Aufmerksamkeit die Lage des Mittelstandes. Sie hat das größte Interesse daran, einen gesunden, arbeits- und lebensfrohen Mittelstand zu erhalten und ist dauernd bestrebt, die Wunden zu heilen, die der immer noch tobende Kampf dem Volkskörper an und hinter der Front schlägt. Möge die Debatte Anregungen bringen, die es der Regierung leichter machen, den richtigen Weg zu finden.

Abg. Brühne (Soz.): Die Vernichtung des Kleingewerbes besorgt dieser Krieg in furchtbarer Weise. (Sehr wahr! bei den Soz.) Den Konkurrenzkampf gegen das Großkapital wird das Kleingewerbe nicht durchführen können. 130 000 Handwerksbetriebe sind im Kriege schon geschlossen worden. Jeder Tag, der länger Krieg geführt wird, ruiniert Tausende weiterer selbständiger Existenzen. Viele Handwerker, die schwerverletzt aus dem Kriege zurückkommen, werden ihr Gewerbe nicht weiter betreiben können. Viele Handwerker haben aber auch aus Mangel an Rohmaterial ihr Geschäft schließen müssen. Durch Heranziehung alter Leute zum Hilfsdienst tragen die Behörden das Ihrige dazu bei, um solchen kleinen Existenzen die Aufrechterhaltung ihres Betriebes unmöglich zu machen. (Sehr wahr!) Ganz besonders leidet das Handwerk auch unter dem Mangel an Nachwuchs; die jungen Leute von 14—16 Jahren sind aus der Handwerkslehre in die Fabrik gezogen worden. Die Regierung und die Behörden haben keineswegs alles getan, was sie konnten, um den Handwerkern zu helfen. Während den Landwirten in weitgehendster Weise Urlaub zur Feldbestellung gewährt wird, erhält ein Handwerker nicht Urlaub zur Wahrnehmung seiner Geschäfte. Ich wende gegen den Landurlaub nichts ein, die Ernährungsverhältnisse liegen leider so, daß jedes Stückchen Land bestellt werden muß. Aber es wird mit dem Landurlaub geradezu Unfug getrieben; mir sind Fälle mitgeteilt worden, wo Landurlaub erteilt wurde, und die ganze Landwirtschaft bestand in der Pflege einiger Blumentöpfe. (Hört, hört! bei den Soz.) Vor allem aber muß dem Handwerk recht sein, was dem Landwirt billig ist. Wie die Behörden dem Handwerker gegenüber verfahren, das zeigt z. B. das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung in Frankfurt a. M., die den Handwerkern nur den Friedenspreis zahlen will. Zu verurteilen ist auch, daß die Regierung bei Vergebung von Lieferungen sich der Hilfe von Kommissionären bedient, die zuweilen durch ein einziges Telephongespräch 100 000 Mark verdienen. Ein Beispiel für die Höhe der Kriegsgewinne ist der bekannte Fall des Kammerherrn der Kaiserin v. Behr, der eine Gesellschaft m. b. H. mit 25 000 Mk. Kapital gründete, womit in einigen Monaten fast 4½ Millionen verdient wurden. Mit diesem Fall werden sich ja die Gerichte beschäftigen; aber es ist zu befürchten, daß das Verfahren ebenso ausgeht wie im Fall Philippi in Wiesbaden, wo Freisprechung erfolgte. Das muß in den weitesten Kreisen die größte Erbitterung hervorrufen. (Sehr richtig!) Für den Aufbau der Handelsflotte hat man den großen Reedern gewaltige Summen bewilligt, obwohl diese reichen Leute sie meiner Ueberzeugung nach selbst aufbringen können; warum bewilligt man nicht gleiche Summen auch für den Wiederaufbau des Handwerks. Die Kriegsgewinne der großen Kriegsgesellschaften gehen in die Hunderte von Millionen, an denen der Schweiß und das Blut der Handwerker kleben. Diese ungemessenen Gewinne hätte man von vornherein nicht gestatten dürfen. Statt dessen hat man den kapitalistischen Uebermut geradezu gezüchtet. Hat doch die Daimler-Motoren-Gesellschaft, als man ihr einen weiteren Preisaufschlag von 50 Prozent nicht bewilligen wollte, mit Einschränkung der Produktion gedroht. Ist das nicht die reine Erpressung und Hochverrat?! Gibt es da keinen Staatsanwalt? Läßt man da alles gehen? während man beim letzten Streik Arbeiter für ein unbedachtes Wort auf Jahre ins Zuchthaus schickt! Tausende und aber Tausende von Betrieben werden nach dem Kriege nicht wieder eröffnet werden können, da ist dem Handwerker nicht mit schönen Worten geholfen. Wirksame Hilfe können sie nur durch die Tat erhalten. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Doormann (Vp.): Die Lage des Mittelstandes ist zweifellos außerordentlich bedrohlich. Was nach dem Kriege kommen wird, kann heute niemand wissen. Das Schicksal des Mittelstandes wird davon abhängen, ob die sozialistische Wirtschaftsreform sich durchsetzt. Auf die Schriften Rathenaus paßt das Wort Taylerands: „Zuviel Geist, also nicht genug Geist." Sie tragen theoretisch allem Rechnung, ob aber die Gedanken praktisch durchführbar sind, ist eine andere Frage. (Sehr richtig!) Die wirtschaftliche Organisation des Handwerks ist leider viel zu spät erfolgt. Die Frage der Beschaffung von Arbeitskräften und Rohstoffen wird schwer zu lösen sein. Die Ueberwachung der Rohstoffverteilung wird auch nach dem Kriege zunächst noch nicht zu entbehren sein. Bei dieser Verteilung muß auch das Handwerk genügend berücksichtigt werden. (Sehr richtig!) Der Kernpunkt der ganzen Handwerkerfrage ist die Kreditfrage. Besonders schwer leidet unter dem Kriege der kaufmännische Mittelstand, der Kleinhandel. Hier zu helfen haben wir alle das Bestreben. (Bravo! bei der Volksp.)

Abg. Lüdel (Natl.) schildert die schlimme Lage, in welcher die Handwerker durch den Krieg und die Kriegsmaßnahmen geraten sind. Zum Wiederaufbau des Handwerks und des Mittelstandes muß der Staat und das Reich helfen. (Zustimmung bei den Natl.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr.

Schluß 6¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Erledigung der preußischen Wahlreform.

Der Aeltestenausschuß des Abgeordnetenhauses beschloß, Sonnabend, den 16. März, für Kommissionssitzungen freizulassen. Die Osterpause für das Plenum soll am Freitag, dem 22. März, beginnen und bis Dienstag, den 23. April währen. Der Verfassungsausschuß wird seine Sitzungen nach Ostern bereits am 11. April beginnen. Es wird angenommen, daß am 9. und 10. April sich die Fraktionen mit den Wahlrechtsfragen beschäftigen werden. Die zweite und dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage wird voraussichtlich vor Pfingsten erfolgen, so daß die Pfingstpause in die verfassungsmäßig vorgeschriebene Frist von drei Wochen, die zwischen der dritten Lesung und der endgültigen Abstimmung notwendig ist, fallen würde.

Ein starkes Stück.

Abgeordneter Müller-Meiningen (FVP.) stellt folgende Anfrage:

Ist es richtig, daß folgender Kommandanturbefehl ergangen ist:

Sollan, Hannover, 19. Februar 1918.

„Sämtliche auf den Geschäftszimmern der Kommandantur beschäftigten Militärpersonen, sofern sie dem Landsturm angehören, haben sich bis zum 22. Februar 1918 schriftlich zu erklären, ob sie mit ihrer Zurückhaltung im Dienst auf die Dauer von mindestens vier Monaten von der Demobilmachung ab einverstanden sind. Die Erklärungen sind von den Abteilungsvorständen gesammelt zum 23. Februar Abteilung Ia einzureichen; Leute, die sich nicht einverstanden erklären, werden unverzüglich dem Frontdienst zugeführt und durch andere ersetzt.

gez. Thiemig,
Generalmajor und Lagerkommandant."

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um einen solchen ungesetzlichen Druck auf Landsturmleute zu beseitigen?

Die Alldeutschen und die Nationalliberalen.

Dem Alldeutschen Verband ist nachstehende Erklärung zugegangen:

„Angesichts der innerpolitischen Haltung und der unerhörten Kampfesweise gegen die nationalliberale Partei, deren sich die von dem Alldeutschen Verband begründete „Deutsche Zeitung" befleißigt, ist es uns unmöglich, dem Alldeutschen Verband fernerhin anzugehören. Wir ersuchen daher, uns aus der Mitgliederliste des Alldeutschen Verbandes zu streichen. Wir fügen die ausdrückliche Erklärung hinzu, daß mit diesem Entschluß keinerlei Aenderung in unserer Arbeit für eine starke Sicherung der deutschen Zukunft verbunden ist. Blankenburg, M. d. A., Keinath, M. d. R., List, Eßlingen, M. d. R., Schulenburg, M. d. R., Dr. Stresemann, M. d. R., Dr. Stubmann, M. d. R.

Die Alldeutschen behaupten doch immer, daß sie sich mit innerpolitischen Dingen nicht befassen; hier bestätigen bisherige namhafte Mitglieder der Partei, daß diese sich doch mit innerpolitischen Aufgaben befaßt.

Schweden.

Das Frauenwahlrecht. Die schwedische Regierung hat dem Parlament einen Entwurf über das Frauenwahlrecht vorgelegt. Er sieht die Verleihung des aktiven Wahlrechts für die Zweite Kammer, die des passiven für beide Kammern vor — eine Unterscheidung, die darauf beruht, daß die Erste Kammer indirekt gewählt wird und das Gemeindewahlrecht zur Grundlage hat. Die Einführung des gleichen Wahlrechts für die Erste Kammer ist aber gleichfalls im Zug und hierbei kann auch den Frauen ihre volle Gleichstellung gesichert werden. Die vorgesehene Altersgrenze beträgt 24 Jahre wie für die Männer, und der Motivenbericht weist die Zumutung ab, für die Frauen ein höheres Wahlalter vorzuschlagen, als dieses ohnehin ziemlich hoch angesetzte. Die Behauptung, daß der Durchschnitt der Frauen später die politische Urteilsfähigkeit erlangt, sei nicht zu beweisen. In der allgemeinen Begründung legt das Ministerium das Hauptgewicht auf die gewaltigen sozialen Leistungen, die die Frauen in der Kriegszeit auch in den neutralen Ländern vollbracht hätten. Die Redensart, daß die Frau ins Haus gehöre und darum nicht am politischen Leben teilnehmen solle, habe durch die Tatsachen selbst jeden vernünftigen Sinn verloren. Gerade die Erschütterungen des häuslichen Lebens durch den Krieg machten die Teilnahme der Frau an der gesetzgeberischen Arbeit für die Bekämpfung der angewachsenen gesellschaftlichen Mißstände ratsam. Die Einführung der Wahlpflicht lehnt die Regierung ab.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion bestimmte in ihrer Sitzung am Dienstag die Redner zu einer Reihe Kapitel des Etats. Zum Etat des neuen Wirtschaftsamtes werden sprechen die Abgeordneten Dr. Südekum, Hoch und Schumann. Beim Reichsamt des Innern wird Abg. Hasenzahl die Unterstützungfragen, Abg. Schulz-Erfurt die Fragen kultureller Art behandeln. Ueber die Novelle zum Schutzhaftgesetz Abg. Wendel, zum Postetat Abg. Taubadel. Zu den Kriegskrediten sprechen für die Fraktion Abg. Noske, zum Belagerungszustand Abg. Bauer-Breslau, zur Zensur die Abgg. Heine und Meerfeld.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 14. März.

Prämien für den vermehrten Anbau von Kartoffeln.

Obwohl der Kartoffelpreis gegenwärtig die vielfache Höhe des Friedenspreises erreicht hat, sehen sich manche Agrarier doch noch immer nicht veranlaßt, ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen und soviel Kartoffeln als möglich anzubauen. Ohne Rücksicht auf die Volksernährung bevorzugen sie häufig die landwirtschaftlichen Produkte, die ihnen die geringste Arbeit machen und den größten Gewinn bringen. Leider hat die Regierung es bisher unterlassen, den Anbauzwang einzuführen. Man hat es nur mit Anreizmitteln versucht, die Kartoffelproduktion zu fördern. Ein solches Anreizmittel, eine Liebesgabe an diejenigen Landwirte, die bisher unterlassen haben, möglichst viele Kartoffeln

zu bauen, stellt die Anbauprämie dar, die nunmehr auch im lübschen Staat eingeführt werden soll. Gestern abend hatte sich der Bürgerausschuß mit folgendem Antrag zu beschäftigen:

Infolge des Mangels an anderen Nahrungsmitteln ist in den letzten Kriegsjahren ein äußerst starker Verbrauch an Kartoffeln eingetreten. Da **die bäuerlichen Landwirte in der Nähe Lübecks sich bisher nicht haben entschließen können, größere Flächen ihres Landbesitzes mit Kartoffeln anzubauen,** ist es bisher notwendig gewesen, den größten Teil des hiesigen Bedarfs durch Bezüge aus entfernten Gebieten Deutschlands zu decken. Hierbei haben sich große Mißstände ergeben. Der Wettbewerb der anderen Städte, der Mangel an Eisenbahnwagen, die Schwierigkeiten in der Abfertigung auf dem hiesigen Güterbahnhofe und plötzlich einsetzender Frost haben dahin geführt, daß eine ausreichende Versorgung der hiesigen Bevölkerung mit Kartoffeln nicht immer gewährleistet gewesen ist, selbst wenn die deutsche Kartoffelernte im ganzen genommen gut ausgefallen war. Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, und um einen Teil der durch die Belieferung Lübecks aus entfernteren Gebieten entstehenden nicht unerheblichen Kosten zu vermeiden, erscheint es geboten, die Abhängigkeit unserer Stadt von den auswärtigen Bezügen dadurch zu verringern, daß der Anbau von Kartoffeln in dem lübeckischen Landgebiete wesentlich gesteigert wird. Als ein wirksames Mittel hierfür erachtet der Senat mit dem Ausschuß für Kriegshilfe die Gewährung von Anbauprämien, wie sie auch der Deutsche Landwirtschaftsrat zur Steigerung des Anbaues von Kartoffeln im allgemeinen für Deutschland empfohlen hat und wie sie auch von der Preußischen Regierung in Aussicht genommen ist.

Für einen vermehrten Kartoffelanbau kommen hier namentlich in Betracht die Gemeinden Rückniß, Dummersdorf, Blankensee, Kronsforde und Schretstaken, deren durchweg sandiger Boden sich für den Kartoffelanbau vorzüglich, für den Anbau von Rüben und anderen Futtermitteln aber weniger gut eignet. Der Ausschuß für Kriegshilfe hegt nach eingezogenen sachverständigen Erkundigungen die Hoffnung, daß **eine Prämie von 40 Mark für jeden mehr als bisher bebauten Morgen Kartoffeln** einen genügenden Anreiz für den Anbau von Kartoffeln bieten wird. Die Verteilung der Prämie ist in der Weise in Aussicht genommen, daß durch die Ortsvorsteher festgestellt werden soll, wieviel Morgen der einzelne Landbesitzer in ihrer Gemeinde in diesem Jahre mehr mit Kartoffeln bestellt hat als wie im vergangenen. Für jeden mehr bestellten Morgen erhält er die eine Hälfte der in Aussicht genommenen Prämie. Die zweite Hälfte wird erst bezahlt, sobald der Landmann den Ertrag des bestellten Kartoffellandes zur Höhe von 50 Zentner für jeden Morgen gegen Zahlung des gesetzlichen Höchstpreises an den Ausschuß für Kriegshilfe abgeliefert hat. Bei der Beschaffung von Saatkartoffeln und künstlichen Düngemitteln werden die Landwirte zu unterstützen sein.

Bei der Förderung des Anbaues von Kartoffeln decken sich die lübeckischen völlig mit den allgemeinen deutschen Interessen. Die Kartoffel ist eine Frucht, deren Anbau erheblich mehr Nährwerte von derselben Anbaufläche hervorbringt, als der Anbau der meisten anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sodaß mit Recht ihr Anbau als eine vaterländische Pflicht der Landwirte bezeichnet worden ist. Nicht minder ist die Entlastung der Eisenbahnen eine Förderung, der allenthalben, soweit irgend angängig, Rechnung getragen werden sollte.

Was den Erfolg der geplanten Maßnahme betrifft, so läßt sich eine zutreffende Schätzung nicht geben. Wenn man annimmt, daß in dem lübeckischen Landgebiete dank der Maßnahme **500 Morgen mehr als bisher mit Kartoffeln angebaut** werden, so würde damit die Kriegshilfe bei einem Ertrage von 50 Zentner je Morgen über eine leicht greifbare Menge von 25 000 Zentnern verfügen, die als Notreserve den Winter über gelten könnte.

Der Senat beantragte deshalb, daß dem Ausschuß für Kriegshilfe zur Gewährung von Prämien an lübeckische Landwirte für den vermehrten Anbau von Kartoffeln im Jahre 1918 der Betrag von 20 000 Mark, soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus den zu „Kriegszwecken" bewilligten Mitteln zur Verfügung gestellt werde.

Es ist bezeichnend, daß es solcher Anreizmittel und Liebesgaben bedarf, um gewisse Leute dazu zu bewegen, das zu tun, was eigentlich selbstverständlich sein sollte im Kriege.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. befürwortete in seiner gestrigen Sitzung folgende Anträge des Senats: Nachbewilligung von 10 557,38 Mk. auf die Kosten des Neubaues eines Postgebäudes und einer Schutzmannswohnung in Russe; Verstärkung der Mittel der Behörde für das Feuerlöschwesen um 13 700 Mk.; Unterstützung der 14 zur Ruhe gesetzten Hebammen mit je 100 Mk. Beschränkung gewerblicher Anlagen in Travemünde und Brodten; Beihilfe von 15 360 Mk. jährlich für die Jenischsche Freischule auf die Dauer von drei Jahren; Verstärkung der Mittel für sachliche Kosten der Finanzbehörde und für Kosten der Schuldenverwaltung (206 000 Mk.); Ergänzende Familienunterstützung (198 000 Mk. an das Rote Kreuz); Verkauf eines Grundstückes in der Gemeinde Schönböcken. An eine Kommission verwiesen wurde der Antrag betr. Beihilfe an den Verein „Oeffentliche Rechtsauskunftsstelle".

Kriegsteuerungszulagen für einberufene Beamte und Angestellte. Der Bürgerausschuß genehmigte gestern folgenden Antrag des Senates: Im Reich und in Preußen ist die den Beamten im Dezember 1912 bewilligte einmalige Kriegsteuerungszulage auch den zum Kriegsdienste einberufenen Beamten gewährt worden, wenn und soweit sie sich infolge ihrer Einberufung geldlich schlechter stehen. Zugleich ist bestimmt worden, daß bei der Berechnung des Einkommens während der Einberufung bei den Gemeinen und Gefreiten die Löhnung außer Ansatz zu lassen ist. Bei den Unteroffizieren und Feldwebeln sowie bei den Offizieren ist von der Löhnung oder der Besoldung der Betrag der Mannschaftslöhnung, die sich bei mobilen Truppenteilen auf 288 Mk., bei immobilen auf 198 Mk. jährlich beläuft, in Abzug zu bringen. Dieser Grundsatz wird mit Wirkung vom 1. Januar 1918 ab auch in bezug auf die Gewährung der laufenden Kriegsteuerungszulagen an einberufene Beamte angewendet. Nach Ansicht des Senates müssen die hiesigen einberufenen Beamten und Angestellten in gleicher Weise behandelt werden. Wie durch eine Umfrage bei den Behörden festgestellt ist, wird für die Gewährung der einmaligen Zulage ein Betrag von rund 45 000 Mk. erforderlich sein, während durch die Gewährung der laufenden Zulagen nach Maßgabe der neuen Grundsätze eine Mehrausgabe von rund 3500 Mk. monatlich oder von 10 500 Mk. für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1918 entstehen wird. Der Senat stellte deshalb einen dementsprechenden Antrag, dem der Bürgerausschuß zustimmte.

Ankauf von Rindern. Bei der Zuteilung der Fleischmenge an die einzelnen Kommunalverbände wird das zu schlachtende Vieh unter Zugrundelegung eines durchschnittlichen Schlachtgewichts für eine längere Versorgungsperiode der Zahl nach überwiesen. Bei der sehr schlechten Ernährung des Rindviehbestandes ist das Schlachtgewicht dauernd erheblich zurückgegangen. Hierdurch wird die Zuweisung einer immer größeren Anzahl von Rindern notwendig, um die rechnerisch festgestellt Fleischmenge zu erreichen. Die Ausschlachtung der Tiere wird fortgesetzt ungünstiger, da naturgemäß das Verhältnis des Knochengewichts zum Fleischgewicht sich zuungunsten des letzteren verschiebt. Die Gefahr ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß wir trotz der Steigerung der Schlachtungen der Zahl nach, auf die Dauer nicht in der Lage sein werden, die bisherige Fleischration von 250 Gramm beizubehalten, wenn es nicht gelingt, besser ernährte Rinder zu beschaffen. Bisher ist dies allerdings mit nicht geringen Opfern immer noch einigermaßen gelungen, für die Zukunft erscheint es aber kaum möglich, wenn nicht besondere Maßnahmen ergriffen werden. Die außerordentlich hohen Viehpreise und vor allem die Schwierigkeit, Vieh überhaupt zu bekommen, lassen befürchten, daß die vorhandenen Fettweiden in dem kommenden Sommer nicht ordnungsmäßig besetzt werden. Um dies zu verhüten, hat die Schlachthofverwaltung sich mit einem unserer größten Weidenbesitzer, Herrn Beth in Dissau, in Verbindung gesetzt und zu annehmbaren Bedingungen eine vorläufige Abmachung getroffen, nach welcher die Schlachthofverwaltung zunächst etwa 120 Rinder ankauft und in Dissau fettweiden läßt. Ob diese Zahl voll erreicht oder gar überschritten werden kann, hängt nicht nur von der Beschaffungsmöglichkeit des Viehes, sondern auch von dem Wetter, dem Stande der Weiden usw. ab. Die Aufbringung der Rinder erscheint möglich, da für die nächste Umlageperiode unser lübeckisches Staatsgebiet kein Schlachtvieh zu liefern hat. Was also jetzt auf die Fettweide geschickt wird, käme einer späteren Umlageperiode wieder zugute.

Zur Anschaffung der Rinder ist ein Vorschuß von rund 100 000 Mark erforderlich. Der Senat stellte zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses, daß der Betriebsbehörde zum Ankauf von Rindern der Betrag von rund 100 000 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, vorschußweise aus den zu „Kriegszwecken" bewilligten Mitteln zur Verfügung gestellt werde. Der Bürgerausschuß erklärte sich mit diesem Antrage einverstanden.

Mit Bewilligung von Mitteln an das Einigungsamt beim Stadt- und Landamt hatte sich gestern abend der Bürgerausschuß zu beschäftigen. Er bewilligte zwar die geforderten 2500 Mark, beschloß aber zugleich den Senat zu ersuchen, den Vorsitz des Einigungsamtes einem Richter zu übertragen.

Die Bürgerschaft hält am Freitag abend eine Sitzung ab, in der ein Senatsantrag unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt werden soll.

Die Tagesordnung der Bürgerschaftsversammlung, die am kommenden Montag abgehalten werden soll, ist wie folgt festgesetzt: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1918. 2. Bereitstellung von Gelände zur Herstellung von Wohnsiedelungen. 3. Sekretärstelle bei der Stadtkasse. 4. Einbau von Kleinwohnungen in der alten Irrenanstalt. 5. Geländeaustausch für den Vorwerker Industriehafen. 6. Verstärkung der Mittel für die Baubehörde. 7. Verstärkung der Mittel für den Schlachthof und die Quarantäneanstalt. 8. Verstärkung der Mittel für die Lübecker Straßenbahn. 9. Erhöhung der Vergütung für die Spritzendampfer der Handelskammer. III. Von der Bürgerschaft dem Bürgerausschuß zur näheren Erwägung überwiesenen und nicht an den Senat gelangter Antrag Stelling: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, 1. baldigst die Unterstützungssätze für die Familien der zum Heeresdienst Eingezogenen zu erhöhen; 2. den Kriegerwitwen und -waisen aus staatlichen Mitteln während der Dauer des Krieges einen Zuschuß zur Hinterbliebenenrente zu gewähren.

Zum Vertreter des Staatsanwalts hat der Senat den Rechtsanwalt Dr. Max Schröder ernannt.

Achtung Gewerkschaftsvorstände. Zu der am Freitag abend im Gewerkschaftshause stattfindenden Kartellversammlung ist erwünscht, daß auch die Gewerkschaftsvorstände daran teilnehmen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 14. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie entwickelte an einzelnen Abschnitten zwischen der Lys und Scarpe, beiderseits der Maas, im Sundgau und in der Gegend von Altkirch rege Tätigkeit.

Auch an der übrigen Front vielfach lebhaftes Störungsfeuer. Kleinere Infanterie-Gefechte im Vorfelde der Stellungen.

Gestern wurden im Luftkampfe und von der Erde aus 17 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballons abgeschossen. Von einem nach Freiburg fliegenden feindlichen Geschwader wurden an der Front 13 Flugzeuge heruntergeholt. Rittmeister Freiherr v. Richthofen errang seinen 65. Luftsieg.

Osten.

Die im Einvernehmen mit der rumänischen Regierung von Braila über Galatz-Bendery auf Odessa angesetzten deutschen Truppen haben nach Bandenkampf bei Moldowanka Odessa besetzt. Ihnen sind von Schmerinka österreichisch-ungarische Truppen gefolgt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Vorfrühling.

Ueber das Heideland geht ein älterer Mann in der Morgensonne. Diese belichtet das weit hinaus in die Ebene gelagerte Wäldchen. Schlank ragen die Bäume in den graublauen Himmel.

Der Mann bleibt stehen und überschaut das Vorfrühlingsland. Ein Wässerlein gurgelt den Grund hinunter. Weit dahinten schiebt sich der dunkle Wald in die helle Landschaft. Ein frischer Morgenwind jagt die Nebelwolken drunten am Fluß auseinander. Das Gewölk lagert sich über die schmutzigen Wiesen. Mit flüchtigem Flügelschlag überquert den Birkenschlag ein schwarzer Vogel. Seine scharfen Laute brechen die Stille ringsum. Nur die Wellen gurgeln gleichmäßig ihren Orgelton.

Der Mann geht langsam den schmalen Wiesenpfad weiter. Höher steigt die Sonne. Ihre Strahlen tanzen über wiegendem Wasserspiel.

Am Wegrand liegt ein kleiner Wassersumpf. Scheinbar tot. Doch auf dem schmutzigen Grund regt sich unter Sonnenstrahlen keimendes Leben. Winzig klein. Aber es ist schon ein zwerghafter Vorbote einer kommenden Auferstehung da im Freien. Ein kleiner Wassermolch regt sich im Grund. Ein verschrumpftes elendes Pflänzchen will lichtwärts kommen.

Noch liegt der Wald im letzten Zeichen des winterlichen Abschiedes. Schmutzige Sumpfstellen machen das Wandern schwer. Der Wind harft in den kahlen Zweigen des Eichenwaldes. Lichtwege bahnen sich durchs blätterlose Zweiggewirr.

Goldene Lichter setzen sich drüben auf den schwarzen Nadelwald. Ein Zaunkönig zirpt scharf und kurz im dunklen Nadelbusch.

Der Mann steht und horcht dem Zwerglied. Es mahnt an kommende Frühlingsmelodien. In der Brust des Einsamen klingt und singt es leise mit und will das schwere Menschheitskleid der Gegenwart vergessen machen.

Nun steht das Taglicht groß und strahlend am Himmel. Aus dem von Winterstürmen zerwühlten Ackerland hebt sich ein Vöglein ins Blaue. Zuerst klingen einige Triller herab aus den Höhen. Dann steigt mit dem Vöglein der tritzernde Sang immer höher und höher und der kleine Vogelkörper schwebt schließlich wie ein Pünktchen neben einem reinweißen Wolkengebilde. Heller Jubelsang klingt nun am Himmel droben. Weithin sendet das Vöglein sein klares, wunderschönes Liedchen wie eine verheißungsvolle Verkündigung kommender Schönheit und friedlicher Eintracht.

Der Mann horcht und sein Innenleben schöpft Hoffnung von dieser Verkündigung. Die Abgeklärtheit des reifen Lebens harmoniert mit dem aufgenommenen Eindruck und gibt im Ganzen die Stimmung eines reinen Menschenwillens.

In den Höhen droben jubelt ein Vöglein sein Vorfrühlingslied.

Genehmigungspflicht für Ersatzmittel.

Die wiederholt und eindringlich auch von uns erhobene Forderung, einen Genehmigungszwang für Ersatzmittel einzuführen, hat endlich Erfolg gehabt. Es war ein ganz unhaltbarer Zustand, wodurch die Allgemeinheit schwer geschädigt wurde, daß erfinderische Fabrikanten Ersatzmittel über Ersatzmittel fabrizierten und sie unter hochtönenden Namen auf den Markt warfen. Unmengen von Rohmaterial wurde von vielen Ersatzmittelfabrikanten direkt vergeudet, denn das Produkt, das schließlich aus den Rohstoffen entstand, war zumeist ein ganz unbrauchbares Gemisch, das vielleicht in vielen Fällen nur den Vorzug hatte, nicht gerade lebensgefährlich zu sein, dem Käufer aber das Geld aus der Tasche lockte, ohne daß ihm mit dem Ersatzmittel nur irgendwie gedient war. Im Laufe der Zeit war es dann dahin gekommen, daß die Herstellung und der Vertrieb von Ersatzlebensmitteln nur nach Anmeldung an 15 verschiedenen Stellen im Deutschen Reich möglich war. Die Einzelgenehmigung wurde dann für einen beschränkten Bezirk gestattet, wodurch für die schlechten Ersatzmittel die Möglichkeit gegeben war, in jene Gegenden abzuwandern, wo eine Genehmigungspflicht nicht bestand. Dieser Zerrissenheit ist nun glücklich auch ein Ende gemacht worden. Nach der jetzigen Verordnung des Bundesrats ist die gewerbsmäßige Herstellung und der Verkauf aller Ersatznahrungs- und Genußmittel nur gestattet, wenn sie von einer Ersatzmittelstelle genehmigt sind. In erster Linie hat der Hersteller, bei eingeführten Waren der Einführende, die Anmeldung vorzunehmen. Sie hat, das ist der Vorzug der neuen Verordnung, nur an einer einzigen Stelle zu erfolgen, deren Entscheidung für das ganze Reich gilt. Eine Ausdehnung der Verordnung auf andere Ersatzmittel als Lebensmittel ist vorgesehen. Für Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften kommt Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder eine dieser Strafen in Betracht. Die Verordnung tritt am 1. Mai d. J. in Kraft. Soweit sich aber noch Waren, die den Bestimmungen der Verordnung nicht entsprechen, in den Händen des Handels befinden, können diese noch bis zum 1. Juli abgesetzt werden, auch wenn die reichsgesetzliche Genehmigung noch nicht erfolgt ist. Hoffentlich trägt die strenge Durchführung dieser Verordnung dazu bei, den Ersatzmittelschwindel wirksam zu bekämpfen.

Beschlagnahme von Wagenbereifungen. Am 14. März ist eine Bekanntmachung, betreffend Bestandserhebung, Beschlagnahme und Höchstpreise von Kutschwagenbereifungen, in Kraft getreten, durch die sämtliche gebrauchte, ungebrauchte, montierte und nichtmontierte Wagengummibereifungen (z. B. Drahtreifen, sogenannte Kelly-, Reform-, Berliner-, Mannheimer- und Quetschreifen usw.) beschlagnahmt werden. Trotz der Beschlagnahme ist die Weiterbenutzung der auf Wagen befindlichen Reifen bis zum 15. April 1918 ohne weiteres, nach diesem Zeitpunkt nur nach ausdrücklicher Einwilligung der Inspektion der Kraftfahrtruppen erlaubt. Eine Veräußerung der beschlagnahmten Bereifungen ist ebenfalls an die Inspektion der Kraftfahrtruppen oder mit ausdrücklicher Zustimmung der Inspektion der Kraftfahrtruppen zu den in der Bekanntmachung gleichzeitig festgesetzten Höchstpreisen gestattet. Bereifungen, die bis zum 1. Mai 1918 nicht an die Inspektion der Kraftfahrtruppen oder an eine von dieser bezeichneten Stelle geliefert oder von dieser freigegeben sind, werden enteignet werden. Die Bereifungen unterliegen einer einmaligen Meldepflicht an die Inspektion der Kraftfahrtruppen, und zwar ist der am 14. März 1918 vorhandene Bestand bis zum 1. April zu melden. Kraftwagenbereifungen werden von der Bekanntmachung nicht betroffen. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Musterung des Jahrgangs 1900. Die Ersatzkommission gibt bekannt: Im Bezirk der freien und Hansestadt Lübeck findet vom 18. März d. Js. ab in Lübeck, Mengstraße 6, 1. Obergeschoß (Markthallen-Eingang) die Musterung des Jahrgangs 1900 statt. Alle Mannschaften, welche sich hiernach zur Musterung zu gestellen haben, werden aufgefordert, zu dem Zeitpunkte, der ihnen durch Gestellungsbefehl bekannt gegeben ist, pünktlich zu erscheinen und ihren Gestellungsbefehl mitzubringen. Falls ein Gestellungspflichtiger bis zum 18. März d. Js. nicht im Besitze eines Gestellungsbefehls ist, hat er sich am 19. März im Geschäftszimmer der Ersatzkommission, Mengstraße 6, 1. Obergeschoß, zur Empfangnahme eines solchen zu melden. Es empfiehlt sich, daß Mannschaften, die mit körperlichen Fehlern behaftet sind, die bei der Musterung nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden können, wie Schwerhörigkeit usw., Bescheinigungen von Ärzten vorlegen. Auf mündliche Angaben kann keine Rücksicht genommen werden. Gestellungspflichtige, welche der Aufforderung, sich zur Musterung zu gestellen, ohne genügenden Grund keine Folge leisten, oder bei Aufruf ihrer Namen im Musterungslokal nicht anwesend sind, können nicht nur durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmaßregeln zur sofortigen Gestellung angehalten werden, sondern unterliegen auch den im Par. 26, 7 der Wehrordnung angedrohten Strafen und den weiteren daselbst namhaft gemachten Folgen der Nichtgestellung.

Keine Warenzuweisung an Private. Infolge der sich mehrenden Anträge von Privatpersonen auf Zuweisung von Bekleidungsstücken und Stoffen, teilt die Reichsbekleidungsstelle mit, daß sie Privatpersonen solche Gegenstände nicht zuweisen kann. Minderbemittelte, die die Waren nicht im freien Handel erwerben können, haben sich an die Bekleidungsstellen ihrer Kommunalverbände zu wenden. Bei der weitgehenden Knappheit der sonstigen Vorräte wird auf die jetzt sehr vervollkommneten Erzeugnisse aus Papiergarngeweben zurückgegriffen werden müssen.

Zur Reform des Kinos. Der Ausschuß für Hebung des Lichtspielwesens führte am Dienstag und Mittwoch im Biophontheater vor der hiesigen Lehrerschaft mehrere Films vor, die speziell in Schulen gezeigt werden sollen. Ueberhaupt beabsichtigt der genannte Ausschuß die Schule bei der Veredelung der Kinodarbietungen heranzuziehen und in seine Dienste zu stellen. Solange diese Bestrebungen der Wissenschaft und der Belehrung dienen, kann man dieses Vorgehen nur begrüßen, hüten soll man sich aber etwa bestimmte Tendenzen dabei zu verfolgen und die heranwachsende Jugend etwa in bestimmter politischer oder religiöser Richtung hin zu beeinflussen. Auch wäre es recht erfreulich, wenn es gelänge, die Films so herauszubringen, daß das lästige, die Augen so anstrengende Flimmern bei den Darbietungen verschwände. Die jetzt gezeigten Films und Stehbilder waren recht interessant und lehrreich, z. B. das Blühen von Pflanzen, das Leben der Wasserspinne, solches der Kreuze usw. Auch wurden zahlreiche Vorträge gehalten, in denen die Bestrebungen des Ausschusses besonders dargelegt wurden.

Der gestrige zweite Dichterabend der Deutschen Dichter-Gedächtnisstiftung im Marmorsaal des Stadttheaters war gut besucht. Er war als Balladen-Abend bezeichnet und das Programm dementsprechend gestaltet. Schiller, Goethe, Uhland, Bürger Eichendorff, Fontane, Conr. Ferd. Meyer, Heine, Collin, Schnezler, Börries v. Münchhausen, also Dichter, deren Namen guten Klang haben, waren mit meist bekannten, volkstümlichen Werken vertreten. Als ausführende Künstler betätigten sich Herr Dr. Drach-Berlin, dem die ernsten Balladen am besten gelangen und Frl. Hilda Ellger, die mit ansprechender Stimme und gutem Vortrag fünf Stücke sang. Die Darbietungen fanden lebhaften Beifall.

Theater für die Jugend. Am Sonntag, dem 17. März, nachmittags ½3 Uhr findet die Aufführung des beliebten Görnerschen Märchens „Lügenmäulchen" statt. Wie die bisherigen Vorstellungen, so wird auch diese das ungeteilte Interesse unserer Jugend hervorrufen.

---

w. **Mölln.** In der öffentlichen Kollegiensitzung gab der Bürgermeister einleitend zur Festsetzung des Haushalts für 1918 einen Ueberblick der Geschäftsgebarung, die Mitteilung vorweg machend, daß trotz der großen Nöte die Zuschläge auf 110% bestehen bleiben können. Der Haushalt schließt im Ordinarium mit 588 800,88 Mk., im Extraordinarium mit 165 000 Mk. ab. Der erste Haushalt für Mölln, der die halbe Million überschritt. Infolge der fortgesetzten Steigerung der Kohlenpreise muß der Gaspreis und zwar für Kochgas von 23 auf 25 Pf., für Automatengas von 27 auf 28 Pf. und für Motorengas von 21 auf 23 Pf. erhöht werden. Die Kollegien bewilligten dem Kreis zum Unterhalt des Arbeitsnachweises widerruflich jährlich 200 Mk. Durch Personalmangel veranlaßt, wird bei Steuerrückständen an Stelle der persönlichen Mahnung die öffentliche Mahnung beschlossen. Für die Volksbücherei wird ein Zuschuß von

300 Mk. bewilligt. Dem Buchhalter Böttcher wird ein Streifen Land bei seinem Hause am Grambeckerweg abgetreten. Der hiesigen Loge „Freudig bergauf" wird der jährliche Zuschuß von 40 Mk. auf 100 Mk. erhöht. Für die Reinigung der Bureauräume im Rathaus wird die bisher gezahlte Summe von 180 Mk. auf 300 Mk. jährlich erhöht. Der Stadtkassierer Prahl wird bezüglich seines Gehalts vom 1. 4. 18 mit dem Stadtsekretär gleichgestellt. Der frühere Musikdirektor Blohm will mit der Stadt einen Vertrag wegen Stellung der Kurmusik abschließen. Die Sache wird bis nach Friedensschluß zurückgestellt. Einige Punkte der Tagesordnung wurden auf Veranlassung der Stadtverordneten in geheimer Sitzung verhandelt; ob diese Sachen, wie Ankauf eines Hauses und Pachterlasse nun nicht öffentlich verhandelt werden konnten, möchten wir bezweifeln. Orientierend teilte der Bürgermeister noch mit, daß die Rumpler-Werke hier eine Anlage planten. Das Gelände sei aber nicht geeignet genug. Die Neubeschüttung der Brauerstraße – Mantiusstraße und eines Teiles des Wasserkrügerweges wird 18 400 Mk. Kosten verursachen.

Kiel. Tödliche Unglücksfälle. Eine viel zu beobachtende Unsitte beim Fahren auf der Straßenbahn kostete am Montagabend einem Marinesoldaten das Leben. Man sieht oft Leute auf die vollbesetzte Straßenbahn springen, und, wenn sie keinen Platz mehr finden, machen sie die Fahrt auf dem Trittbrett der Wagen mit. So machte es auch der Marinesoldat. Auf dem Trittbrett stehend, fuhr er die Berastraße hinauf. Bei der Muhliusstraße stieß er, als er sich zurücklehnte, gegen einen auf dem Bürgersteig stehenden Baum. Er wurde heruntergeschleudert, fiel unter den Anhängewagen und wurde totgefahren. — Am Montagabend fiel in der Bahnhofstraße die 42jährige Frau Neumann aus einem Straßenbahnwagen und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie daran gestorben ist.

Oldenburg. Gegen die Verleihung des Frauenwahlrechts. Zu dieser Frage erklärte im Verwaltungsausschuß, der sich gegenwärtig mit einer etwaigen Aenderung der Gemeindeordnung zu beschäftigen hat, ein Regierungsvertreter nachstehendes: Mit der Verleihung des Frauenwahlrechts in Oldenburg vorzugehen, liegt keine Veranlassung vor, denn nur einige in der Frauenbewegung stehende Frauen und einige organisierte Erwerbstätige begehren das Frauenwahlrecht, letztere in der Hoffnung, ihre Erwerbsverhältnisse verbessern zu können. Die große Menge der zufriedenen verheirateten Frauen, insbesondere auch die große Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Frauen, steht der Frage des Frauenwahlrechts recht kühl und ablehnend gegenüber. Die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen würde daher eine starke Vermehrung der Stimmen der mit den bestehenden Einrichtungen Unzufriedenen herbeiführen und die linksstehenden Parteien über Gebühr stärken. Bei aller Anerkennung der großen Verdienste der Frauen um die Aufrechterhaltung unserer Kriegswirtschaft und um die Kranken- und Kriegswohlfahrtspflege kann die Staatsregierung daher eine Aenderung der Gemeindeordnung im Sinne der Anträge nicht in Aussicht stellen." — Man hat überall für die Leistungen der Frauen nur Worte der Anerkennung. Ob man glaubt, dadurch die linksstehenden Parteien zu schwächen und Unzufriedenheit zu beseitigen, daß man den Frauen Rechte verweigert?

Ernährungsfragen.

Schleichhandel mit Speck.

Die Polizei in Dortmund verhaftete die Schleichhändler Voß und Levy, die einen umfangreichen Handel mit geschmuggeltem Speck getrieben hatten. Ebenso eine Frau, die sich an den Schiebungen des Specks beteiligt hatte. Voß und Levy haben zwei Waggons Speck aus dem Ausland eingeschmuggelt. Der Speck ist allerdings noch nicht angekommen. Der eine der Schmuggler trug bei seiner Festnahme 170 000 Mk. bei sich.

Was noch alles zu haben ist.

Unsere Versorgung ist vortrefflich geregelt. Stille und zahlungsfähige Abnehmer bekommen zu hohen Preisen noch Waren, die im freien Handel nicht mehr zu haben sind, oder die nur noch in rationierten Mengen abgegeben werden. Man lese folgendes Lebensmittelangebot, das eine Firma erhielt:

Industrie-Verkehrszentrale Berlin-Wilmersdorf, Kurfürstendamm 137. Anruf: Uhland 3904.

Folgende Lebensmittelangebote sind uns beispielsweise zugegangen, die wir den unserer Zentrale angeschlossenen Firmen durch Spezialberichte unterbreitet haben:

Gesalzene Heringe.
Dörrobst, Pfund 3—4 Mk.
Viktoria-Erbsen, Zentner 180 Mk.
Rotwurst, Dose 5,50 Mk.
Ziegenfleisch, Pfund 3,50 Mk.
Harzer Käse, Sauerkraut, Salzdillgurken.
Schnittbohnen, Kriegsheringssalat.
Weiße Mohrrüben, Zwergkäse, Bienenhonig.
Wildgänse, Poln. Käse, Steppenkäse, Puddingpulver, Weißkäse.
Thür. Kochkäse, 100 Stück 31 Mk.
Heringe in Brühe, Dose 2,15 Mk.
Kräuterheringe, Pfund 1,40 Mk.
Speisekartoffeln, Zentner 13 Mk.
Kraftgrütze mit Fleischeinlage, Dose 1,59 Mk.

Zur Erklärung wird dem vom 23. Februar datierten Angebot hinzugefügt, daß es sich teilweise um Auslandsware, anderenteils um überschüssigen Militärbedarf eines Armeekorps handelt.

Die Angabe, daß es sich bei diesen Lebensmitteln teilweise um überschüssigen Militärbedarf handelt, ist stark zu bezweifeln. Sollte wirklich ein Armeekorps zuviel der guten Sachen haben, nach denen die Zivilbevölkerung starkes Verlangen hat, dann dürfte es wohl den Ueberschuß an ein anderes, weniger reichlich eingedecktes Armeekorps abzugeben haben. Heringe kennt die Zivilbevölkerung zum größten Teil nur dem Namen nach. Bienenhonig ist längst aus dem Verkehr verschwunden. An ein Erbsengericht denkt schon längst kein armer Teufel mehr. Hier aber ist zahlungsfähigen Leuten Gelegenheit geboten, ihre Nahrungsmittelsorgen zu beheben und auch die Kartoffelration von 7 Pfund wöchentlich nach Belieben aufzubessern. Wer 13 Mk. für den Zentner Kartoffeln opfern kann, braucht sich an die Mahnung, mit dem zugeteilten Kartoffelvorrat hauszuhalten, nicht zu kehren und wird sich auch keine Gedanken darüber machen, ob es sich bei den Kartoffeln um — Auslandsware handelt oder nicht. Diese Lebensmittel müßten sofort beschlagnahmt und auf dem Wege über die Gemeinden der Ernährung zu angemessenen Preisen zugeführt werden.

„Nicht erheblich."

In der „Hoyaer Zeitung" vom 10. November 1917 wurde mitgeteilt daß im dortigen Kreise seit einigen Wochen Händler die gesamte Steck- und Stoppelrübenernte unter starker Ueberschreitung der gesetzlichen Höchstpreise aufkauften, um diese Rüben für den Schnapsbrand zu sichern. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat das Kriegsernährungsamt auf dieses gemeinschädliche Treiben besonders aufmerksam gemacht und wieder einmal die nun schon typische Antwort erhalten: Es handele sich nicht um erhebliche Mengen und folglich erscheine ein allgemeines Verbot, Rüben zu Schnaps zu brennen, überflüssig. Man sollte meinen, daß es die Unterscheidung, erhebliche oder unerhebliche Mengen für das Kriegsernährungsamt überhaupt nicht geben dürfte, daß jeder Vergeudung von Nahrungsmitteln, ganz gleichgültig, ob es sich um Zentner oder Tonnen handelt, ein Riegel vorgeschoben werden müßte. Aber diese Einsicht sucht man beim Kriegsernährungsamt leider vergeblich. Von einer geradezu kindlichen Harmlosigkeit zeugt auch der Zusatz, daß für den gesamten Schnaps der Ablieferungszwang bestände und daß außerdem der gezahlte Uebernahmepreis durch seine geringe Höhe nicht gerade als ein Anreiz zum Rübenbrennen angesehen werden könnte. Liegt dem Kriegsernährungsamte wirklich der Schluß so fern, daß der Rübenschnaps nicht zu den vorgeschriebenen, „wenig anreizenden" Preisen zur Ablieferung an die Reichsstelle, sondern zu sehr anreizenden Preisen in den Schleichhandel gelangt? Wir fürchten, mit solcher Gutgläubigkeit wird man des Schleichhandels nicht Herr werden! Oder sollen wir aus dem Zusatz „Im übrigen stellt die beim Brennen gewonnene Schlempe ein wertvolles Futtermittel dar" schließen, daß man gar nicht ernstlich daran denkt, die Rüben für die Menschen und das Vieh zu erhalten?

Neueste Nachrichten.

Berlin, 13. März. (Amtlich.) 1. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Gansser, hat im Sperrgebiet um die Azoren feindlichen und für den Feind fahrenden Frachtraum von insgesamt 22 000 Br.-R.-T. vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befinden sich der englische bewaffnete Tankdampfer „Artesia" von 2767 Br.-R.-T. und der englische Schoner „Mc. Kay" von 145 Br.-R.-T., die beiden griechischen Dampfer „Ioannina" von 4191 Br.-R.-T. und „Chariton" von 3300 Br.-R.-T., der italienische bewaffnete Dampfer „Atlantide" von 5437 Br.-R.-T. und die italienische Bark „Francesco" von 1093 Br.-R.-T.

Die Ladung der Schiffe bestand aus Messing, Zink, Gummi, Tabak, Opium, Fellen, Lebensmitteln, Erdnüssen und Kopra und war nach französischen, italienischen oder Häfen der Vereinigten Staaten bestimmt.

Außer den 7,6-Zentimeter-Geschützen der beiden bewaffneten Dampfer wurden aus den Ladungen der Schiffe Messing, Zink und Gummi heimgebracht.

2. Im östlichen Mittelmeer hat ein U-Boot, Kommandant Oberleutnant z. S. Sprenger, 6 Dampfer und 2 Segler mit zusammen etwa 26 000 Br.-R.-T. versenkt.

Im Besonderen wurde der Transportverkehr vor Alexandrien und Port Said gefaßt. Die Dampfer waren bewaffnet, ihre starke Sicherung ließ auf wertvolle Ladung schließen. Ein an der syrischen Küste torpedierter Dampfer, der Kurs auf Jaffa hatte, führte, aus der auffallend starken Detonation zu schließen, Munition.

Das Boot hat ferner auf einen als Sicherung fahrenden Kreuzer der Arabis-Klasse einen Torpedotreffer erzielt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Stockholm, 13. März. Die „Prawda" beklagt sich darüber, daß die Japaner sich in Wladiwostok der russischen Bevölkerung gegenüber in einer empörenden und provozierenden Weise benehmen. Die Haussuchungen und Verhaftungen nehmen kein Ende. Viele angesehene Bürger und reiche Kaufleute sind unter der Beschuldigung nach der Mandschurei verschleppt worden, daß sie die Bolschewiki unterstützten und Verschwörungen gegen die Ententevertreter anzettelten. Das russische Stadtviertel mußte wegen der geheimen Ermordung eines japanischen Offiziers eine Kontribution von 1 Million Rubel zahlen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten" bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Ungültigkeitserklärung von Brotkarten.

Die Brotkartenhefte

Nr. 68501 bis 68851 einschließlich

werden hierdurch für ungültig erklärt.

Den Bäckern und Brothändlern wird untersagt, auf die mit diesen Nummern bezeichneten Brotkarten Brot oder Mehl zu verabfolgen. Sie werden gleichzeitig aufgefordert, die Vorzeiger dieser Brotkarten anzuhalten, ihre Personalien festzustellen und ihnen die Brotkarten abzunehmen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auf lose Brotkartenabschnitte kein Brot oder Mehl abgegeben werden darf.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer eines der vorstehend aufgeführten Brotkartenhefte der Geschäftsstelle Breite Straße 40, I. abliefert oder deren augenblicklichen Inhaber nachweist, erhält eine Belohnung von 10.— Mk. für jedes abgelieferte oder nachgewiesene Brotkartenheft.

Lübeck, den 13. März 1918. (1082

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Die Verordnung des Polizeiamts über die Versorgung der Bäcker und Händler mit Mehl vom 5. August 1917 wird wie folgt geändert:

Nr. 2 Satz 2 erhält folgenden Wortlaut:

Zugleich mit den Mehlverbrauchsnachweisungen sind die Brot- und Mehlmarken der abgelaufenen Brotwoche, unter Trennung der lübeckischen von den nichtlübeckischen sowie von den Reisebrotmarken, je nach ihrem Wert für sich gebündelt oder verpackt und mit der Aufschrift der Anzahl und des Wertes der Marken versehen, bei dem Polizeiamt abzugeben.

Lübeck, den 12. März 1918. (1080

Das Polizeiamt.

Kartoffelland.

Der Ausschuß für Kriegshilfe gibt gepflügtes Kartoffelland, vorm Burgtor gelegen, in Stücken von 400 qm pachtweise ab. Bei der Zuteilung werden zunächst diejenigen berücksichtigt, welche noch nicht im Besitz von Garten- oder Ackerland sind. Meldungen bis zum 19. ds. Mts. im Geschäftszimmer, Königstraße 13, I. (1088

Eine Bekanntmachung Nr. G. 2210/1. 18 KRA. betreffend

Bestandserhebung, Beschlagnahme und Höchstpreise von Kraftwagenbereifungen

ausschließlich Kraftwagenbereifungen vom 14. März 1918 wird heute durch die amtlichen Regierungsblätter, durch die Polizeibehörden sowie durch öffentlichen Aushang veröffentlicht.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern und Polizeibehörden einzusehen.

Altona, den 14. März 1918.

(1079) **Stellv. Generalkommando IX. A.-K.**

Overbeck-Gesellschaft.

Um ihre Ziele und ihre Pläne zur Förderung des Kunstlebens in Lübeck öffentlich darzulegen, lädt die Gesellschaft alle Kunstfreunde unserer Stadt ein zu ihrer

:-: Gründungs-Versammlung :-:

am Freitag, dem 15. März, abends 8½ Uhr im Hause der Gemeinnützigen Gesellschaft. (1089

Am Mittwoch morgen entschlief sanft nach längerem Leiden, welches er sich im Dienste zugezogen hat, unser lieber Sohn (1087

Carl Kreutzmann

im 19. Lebensjahre, aufs tiefste betrauert u. schmerzlichst vermißt von seinen Eltern, Geschwistern, Großmutter und allen, die ihm nahe standen.

Emil Kreutzmann und Frau geb. **Wollrat.**

Lübeck, d. 13. März 1918. Glockengießerstr. 31, II.

Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 16. März, nachmittags 2¾ Uhr, in der Kapelle Vorwerk statt.

Gesucht 2 ordentl. Frauen zum Umgraben eines Gartens. (1085) Wickedestr. 49.

Schulmädchen für leichte häusliche Arbeit gesucht. (1084 Schwartauer Allee 85, part.

Die Frau, die am 13., nachm. 4½ Uhr, das Portemon. in der Linie 4 d. Straßenb. an sich gen. hat, ist erk. und wird ersucht, es Glandorpstr. 24, II, abzug. (1086

Bilderleisten einrahmungen (1070

Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 30. Fernruf 2808.

Spar-Einlagen

(auch kleine Beträge)

nehmen wir entgegen und verzinsen dieselben zu günstigen Zinssätzen.

Holsten-Bank

Abteilung Lübeck. (1081

Gleisbauarbeiter und Gleisbauarbeiterinnen

werden eingestellt. 1090

Meldungen im Bureau Roeckstraße Nr. 49a an Wochentagen vormittags zwischen 8 und 1 Uhr.

Familien-Aufnahmen führt in und außer d. Hause aus

Atelier Lubeca

Breite Straße 13. (1077

Zeitschriften aller Art.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Wer ist Bodenreformer?

„Mammonismus, Kommunismus, Bodenreform! Immer deutlicher trennen sich die großen Heerlager. Unter diesen Zeichen wird der Kampf um die Zukunft entschieden. Niemand, der einmal empfunden hat, daß er persönlich ein Stück Mitverantwortung für seine Zeit zu tragen hat, kann in diesem Kampfe parteilos bleiben." (Damaschke) (1076

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (1074

Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.

Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeca.

Theater für die Jugend.

Sonntag, den 17. März 1918 nachmittags ½3 Uhr:

Lügenmäulchen.

Kassenöffnung 2 Uhr. Vorverkauf bei **E. Robert,** Breite Straße und **Holstenhaus.** (1075

Hansa-Theater.

Heute abend 7 Uhr: (1078

Filmzauber.

Stadttheater. 1088

Donnerstag, d. 14. März 1918: Gastspiel von **Gertrud Steinweg:**

Mignon.

Freitag, den 15. März 1918:

Tiefland.

Sonnabend, d. 16. März 1918:

Kater Lampe.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Nr. 62
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag,
den 14. März 1918

Der Kampf gegen die Kriegsgewinner.

Ein Nachwort zum Daimler-Skandal.

Die Vorgänge um Daimler mit all ihrem Drum und Dran bedeuten eigentlich für den einigermaßen Eingeweihten keine Ueberraschung. Die Bombe ist geplatzt und zufällig ist es die Firma Daimler, die daran glauben muß. In Wirklichkeit ist das nur eine Episode in dem lieblichen Treiben, und erleuchtet blitzartig die Machinationen, wie unsere kriegsindustriellen Unternehmer die besten Kalkulationspreise herauszuschinden verstehen und nachher ihre Kriegsgewinne durch Bilanzverschleierungen in Sicherheit zu bringen suchen.

Wie sind unsere alldeutschen Blätter mit einem Male so kleinlaut geworden und solche Zeitungen, die in ihrem Inseratenteil mit den fetten Annoncen der „Ala" gespeist werden, müssen in ihrem politischen Teile hübsch den Mund halten. Die leitenden Herren der Daimler-Werke sind Landesverräter von recht ausgewachsenem Kaliber. Aber nein, es handelt sich in dem Falle ja um Unternehmer, und man darf sogar annehmen, daß es dicke politische geldspendende Parteigänger der Vaterlandspartei sind. Nur gegen streikende Arbeiter macht man die Kriegsgerichte mobil und bis jetzt ist noch nicht ersichtlich, daß man Daimler-Männern wirklich ernsthaft persönlich an den Kragen gehen kann.

Aber da die Geschichte einmal im Rollen ist, verlohnt es sich, kurz auf die prinzipielle Seite der ganzen Angelegenheit hinzuweisen. Es handelt sich nämlich um nichts geringeres als um eine Episode, um ein Vorspiel jener Kämpfe, die mit dem privatkapitalistischen Unternehmertum noch bevorstehen. Und zwar muß wohl oder übel der Staat zugreifen, und die Parlamente haben dafür zu sorgen, daß auch eine richtige Kontolle und Aufsicht über die privatkapitalistische Produktion erfolgt.

Zunächst der Tatbestand: Ein großes Rüstungswerk, auf dessen Fabrikate die Militärverwaltung angewiesen war, hat seine Kalkulationspreise kräftig auf einer ganz anormalen Höhe halten können, und als man endlich nach langem Verhandeln und Drohen zur Revision der Kalkulationspreise bereit war, hat man der Heeresverwaltung gefälschte Kalkulationsaufstellungen vorgelegt.

Wie ist das möglich? Wie hat sich die Heeresverwaltung das gefallen lassen können? Da muß immerhin berücksichtigt werden, daß sich die Wumba (das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt) den Privatfirmen gegenüber auf dem Gebiet der Preisfrage in einer sehr unsicheren Position befand. Der Preiskampf konnte von den privaten Rüstungswerken mit überlegeneren Mitteln durchgeführt werden.

Vor allen Dingen ist die Tatsache zu berücksichtigen, daß wir technisch aus diesem Kriege ganz anders hinausgehen werden, wie wir hineingekommen sind. Als der Krieg anfing, war die Ausrüstung der Kriegswaffen und Kriegsmaschinen nur auf den Stand der bisher theoretischen Erfahrungen der Friedenszeit eingestellt. Der Krieg selbst ist ein Schrittmacher des technischen Fortschrittes geworden. Jede Waffe hat während des Krieges ihre konstruktive Verfeinerung und Verbesserung erhalten. Um nur den Luftkrieg und den Unterseekrieg herauszugreifen, so hat sich unsere gesamte Flugzeugtechnik erst während der letzten drei Jahre kriegsmäßig entwickelt, eine spätere Zeit wird einmal zeigen, wie umwälzend hier die technischen Fortschritte gewesen sind, wie alle Einzelheiten dieser Waffen durch die Erfahrungen des Krieges selbst total umgestaltet worden sind. Dasselbe ist auf dem Gebiete des U-Bootwesens der Fall gewesen. Zwar waren es nicht die Herren Aktionäre, sondern die Techniker, die Konstrukteure und die Fachleute der militärischen Abnahmestellen und Prüfungskommissionen, die hier in gemeinsamem konstruktivem Schaffen jede Einzelheit der technischen Ausbildung zu verbessern hatten. Und so veränderten sich von Monat zu Monat die Fabrikationsausführungen der verschiednen Kriegsmittel und Fabrikate.

Demensprechend fanden auch immer neue Preisvereinbarungen statt. Die Militärbehörden, die außerhalb der Betriebspraxis die Lieferungsverträge abzuschließen hatten, standen den Kalkulatoren und Betriebsmännern der Werke selbst gegenüber, die ihre Erfahrungen bei der Fabrikation unmittelbar sammeln konnten. So war an sich also schon die Tatsache gegeben, daß hier der private Betriebsmann mit viel überlegenerer Sachkenntnis die Produktionsbedingungen berücksichtigen konnte und natürlich im Interesse seiner Firma die vorteilhaftesten Preisbedingungen selbst auszunutzen imstande war.

Nun haben freilich die Inspektionen der militärischen Abnahmestellen versucht, nach und nach die Preise zu drücken. Aber in dem fieberhaften Tempo, in dem zunächst verlangt wurde, möglichst viel Kriegsmittel heranzuschaffen und die Preisfrage dabei eine zweite Rolle spielte, konnten die Tatsachen der wirklichen Selbstkosten für die einzelnen Fabrikate nur sehr schwerfällig und unvollkommen ermittelt werden. In der Flugzeugindustrie ging man z. B. den ganz richtigen Weg, sich von jeder Reparatur eine sorgfältige Kalkulation herstellen zu lassen und die einzelnen Kalkulationspreise der verschiedenen Firmen gegeneinander auszuspielen. Das war nicht viel, aber immerhin ein Schritt zum Ziel.

In der Erörterung im Reichstag wurde auch gelegentlich darauf hingewiesen, daß die Preise **der staatlichen Werke zum Vergleich** herangezogen werden müßten. Aber diese Vergleichmomente sind recht unzulänglich. Denn auf dem Gebiet der vorteilhaften Fabrikation sind unsere Staatsbetriebe wahrhaftig keine Musterbetriebe und es wird tatsächlich dort nicht am billigsten fabriziert. Wenn man ausgerechnet die Spandauer Betriebe als Beispiele heranzieht, so wird man vielleicht nach dem Kriege erst lernen, wie ein moderner Staatsbetrieb fabrikorganisatorisch aussehen muß und wie vor allen Dingen die Preisfestsetzung sachgemäß zu erfolgen hat.

Nein, die Verhältnisse lassen sich nur für die Zukunft dahingehend ändern, daß unseren Kriegslieferanten eine Kontrolle übergeordnet wird, die sich aus Männern zusammensetzt, die wirklich sachlich und fachlich den gerissenen Schiebern der Kriegsindustrie gewachsen sind. Der Reichstag wird in seine Kommissionen Leute hineindelegieren müssen, die selbst aus dem praktischen Leben kommen und mit den Dingern genügend Bescheid wissen. Vor allem ist es natürlich notwendig, daß die Unternehmervertreter im Parlament selbst von diesen Aufsichtsfunktionen ausgeschlossen werden. Denn das hieße ja den Bock zum Gärtner machen. Nun können zweifellos unsere Reichstagsabgeordneten nicht überall selbst inspizieren und in allen Einzelheiten hineinkriechen. Deshalb sind Beamte heranzuziehen, die selbst aus der Industriepraxis stammen, die in allen Sätteln gerecht sind, die sich von solchen gerissenen Leuten wie es z. B. die Direktoren der Daimler-Werke sind, nicht blauen Dunst vormachen lassen.

Vielleicht wird auch das in Zukunft nicht so leicht gehen, denn die tüchtigsten Kräfte werden von der Industrie festgehalten und gekauft. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß wir noch einmal ein Gesetz schaffen müssen, nach dem bestimmte Fachleute als Regierungsbeamte direkt verpflichtet sind, in solchen Stellungen eine bestimmte Tätigkeit auszuüben. Das „freie Spiel der Kräfte" wird auch hier zerschlagen werden müssen im Interesse der Allgemeinheit, denn einen anderen Weg, mit unseren Kriegslieferanten fertig zu werden, gibt es nicht als durch den Zwang, durch die Gesetzgebung.

„Dunnerkiel", wird der biedere Steuerzahler sagen, wenn er einmal die große Rechnung erfährt, wie die Kriegslieferanten sich an dem Staatssäckel bereichert haben. Die Quintessenz ist auch hier ein wirklicher Parlamentarismus, eine wirkliche demokratische Reform und im letzten Grunde ein vernünftiges Wahlrecht. Denn das Volk muß die Lasten der Kriegsrüstungen für jetzt und für die Zukunft aufbringen und eine wirkliche Volksvertretung muß auch die Möglichkeiten haben, sich gegen die Interessen und Raubzüge der Kriegslieferanten und Kriegsgewinner wehren zu können.

Eine Erklärung der Verwaltung der Daimler-Werke.

Die Verwaltung der Daimler-Motoren-Werke übermittelt eine Erklärung, der wir nachstehendes entnehmen: Die im Hauptausschuß des Reichstages gegebene Darstellung über unerlaubte Gewinne, die in den Daimler-Werken gemacht worden sein sollen, beruht einzig und allein auf Angaben eines dermaligen Beamten, der von der Firma wegen Untreue am 12. Januar 1918 entlassen sowie zur Strafanzeige gebracht worden ist und sich in dem eingeleiteten Verfahren vor dem Strafrichter zu verantworten haben wird. Die Angaben dieses Beamten gehen dahin, die Daimler-Werke hätten durch Vorlage von angeblich falsch aufgestellten Kalkulationen von der Heeresverwaltung maßlose Preise gefordert und erhalten. Wie haltlos diese Vorwürfe gegen die Daimler-Werke sind, geht aus der Art und Weise hervor, wie die den Daimler-Werken von der Heeresverwaltung bewilligten Preise festgesetzt worden sind. Die Grundlage für die Preisfestsetzung bilden nämlich nicht Kalkulationen der Fabrik, vielmehr hat die Militärbehörde schon in einer früheren Zeit des Krieges nach den Pferdestärken der Motore gewisse Einheitssätze pro Pferdekraft festgelegt, die sie nach ihrer Angabe für die ganze Flugmotorenindustrie einheitlich festsetzen wollte. Erst am 23. März 1917, längst nach dieser Festsetzung der Preise und ohne jeden Zusammenhang und Einfluß auf die Höhe dieser Preise hat die Firma auf den Wunsch eines Referenten der Militärbehörde dieser einen summarischen Kostenüberschlag zugeschickt, ohne daran irgendwelche Forderungen zu knüpfen. Dieser Kostenüberschlag wird bei jeder Nachprüfung durch Sachverständige bestätigt. Was der anzeigende Beamte als endgültige Kalkulation ansieht und mit den entwendeten Unterlagen beweisen will, sind Teilkalkulationen, die keineswegs die Endzahlen der tatsächlichen Kosten darstellen, in die er keinerlei Einblick hatte. Die Drohung einer Einstellung des Betriebes ist von der Firma niemals gegen die Heeresverwaltung erhoben worden. Von einer Preiserhöhung um fünfzig Prozent war überhaupt nie die Rede, sondern es war um eine Revision der Preise gebeten und hierbei eine Erhöhung um zehn Prozent vorgeschlagen worden, die aber nicht bewilligt worden ist.

Konservative, Beamtentum und Wahlreform.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" vor einigen Tagen mitzuteilen wußte, hat der preußische Minister des Innern einen Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet, worin über die Behandlung der Wahlrechtsvorlage durch die politische Beamtenschaft bestimmte Verhaltungsmaßnahmen vorgeschrieben sind. Bei der kriegspolitischen Bedeutung, die die Wahlrechtsvorlage gewonnen habe, müsse der Minister mit Nachdruck fordern, daß die ihm nachgeordneten Dienststellen die **„Politik der Regierung unbedingt nach außen hin vertreten"**. Insbesondere erwarte er von den Regierungspräsidenten, daß sie, wo immer die Gelegenheit sich biete, mit aller Entschiedenheit betonen, daß die Staatsregierung mit unverminderter Entschlossenheit auf der Ausführung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Juli 1917 beharre.

Dieser Erlaß hat bei der konservativen Presse starkes Unbehagen hervorgerufen. So beklagt sich die „Deutsche Tageszeitung" über den „Gewissenszwang", der hier auf den einzelnen Beamten ausgeübt werde. Die Sozialdemokratie hat die Beamten noch stets gegen jeden Zwang von oben in Schutz genommen. Wir verlangen keine Unterstützung unserer Politik durch Staatsbeamte, protestieren aber auch gegen die Aufbietung des amtlichen Apparates zugunsten volksfeindlicher Regierungsmaßnahmen. Aber die Konservativen haben nicht die mindeste Veranlassung und auch nicht einen Schimmer von Recht, sich über die Anordnung des Ministers zu beschweren. Es ist bekannt, daß die Konservativen die Unterstützung des gesamten Regierungsapparates bei Wahlen und bei anderen Gelegenheiten bisher als etwas ganz Selbstver-

Handel und Wandel.

Von F. W. Hackländer.

47. Fortsetzung.

Nur etwas war mir eines Abends, als wir beisammensaßen, aufgefallen, daß nämlich der Buchhalter mir einen Brief mit der Unterschrift der Madame Stieglitz vorlegte und dazu sagte: „Unsere Prinzipalin hat eine eigene kritzelige Handschrift, halb Männer- halb Frauenhand, die Schriftzüge derselben haben mit Ihrer Schreibart eine merkwürdige Aehnlichkeit, schreiben Sie mir doch des Spaßes halber einmal die Unterschrift nach." Ich tat, wir mir geheißen und brachte sie täuschend ähnlich hervor. Er warf das Blatt in eine Mappe und wir sprachen nicht mehr davon.

Lange Zeit war ich unschlüssig, was ich mit dem Briefe meines Vormundes anfangen sollte, ich schwankte, ob es besser wäre, ihn der Madame Stieglitz vorzulegen oder ihn vertrauensvoll dem Buchhalter zu übergeben. Ich entschied mich für das letztere, der Herr Specht dankte mir herzlich für meine Anhänglichkeit an ihn und versprach, dieselbe nach seinem besten Willen zu belohnen. „Sehen Sie," sagte er mit aufgehobenen Augen, „der Unschuldige muß viel leiden," und setzte mit feierlicher Stimme hinzu: „Herr, schaffe mir Recht, denn ich bin unschuldig, ich hoffe auf den Herrn, darum werde ich nicht fallen."

„Ihre Offenheit," fuhr er mit sanfter Stimme fort, „hat mir bewiesen, daß Sie auf dem wahren Wege des Heils der süßen Gnade entgegenwandeln. Es ist an der Zeit, daß ich einen Schritt weitertue und Sie einführe in jene gottgefälligen Versammlungen, wo mit warmem Herzen und mit heißem Munde das Lob des Herrn verkündet wird, lieblich und wohlgefällig der Seele. Halten Sie sich deshalb bereit, nächsten Freitag abend mit mir auszugehen, für die Erlaubnis hierzu werde ich schon sorgen.

Gute Nacht, mein Lieber, Hoffnung und Vertrauen!

Mein Fuß geht richtig, ich will dich loben, Herr, in den Versammlungen!"

31.

Die Betstunde.

In einem der entlegensten Teile der Stadt, am Ufer des kleinen Flusses, der an der Hauptstraße jenes Viertels vorbeifließt, lag ein kleines Haus, aus dem der Vorübergehende oftmals, besonders des Freitags abends, geistliche Lieder erschallen hörte, die darin gesungen wurden. Dieses Haus gehörte einem Färbermeister, einem von der Gnade vollkommen durchdrungenen Manne, der sein Geschäft nicht mehr fortsetzte, da er den ganzen Tag Visionen hatte, deren Glanz und Pracht seine Augen so verdunkelte, daß er nicht mehr imstande war, irdische Farben zu erkennen, und also zu seinem Geschäft vollkommen untauglich geworden war. Der Mann hatte sich einen kleinen Weinschank zugelegt, und böse Zungen behaupteten, er sei selbst sein eifrigster Kunde, deshalb den ganzen Tag betrunken, aus welchem Zustand auch seine Visionen stammten. Dem sei nun, wie ihm wolle, die Gemeinde der Auserwählten hielt ihn für ein erkorenes Rüstzeug, und da der Mann trotz seines Weinschanks in seinen Verhältnissen täglich mehr zurückging, so mietete man, um ihm einigermaßen unter die Arme zu greifen, den obern Stock seines Hauses und ließ dort ein paar große Zimmer zu Betversammlungen einrichten.

Wer in jenem Stadtviertel keine Geschäfte hatte, ließ sich namentlich des Abends dort nicht sehen; über den ziemlich breiten Fluß drang nicht Klang noch Gesang ans andere Ufer, und dort hinaus befand sich ein zweiter Betsaal, wohin sich die Gemeinde später zurückzog, damit profane Ohren auf der Straße nichts von dem Jauchzen des Halleluja vernähmen.

Der Färbermeister hatte, um keine Gäste aus der niedern Klasse in seinem Lokal zu haben, für sehr guten und teuren Wein gesorgt, und so saßen in seinem Hause nur ausgewählte und feine Leute, oben nach dem lebendigen Born himmlischen Wassers, unten nach dem goldenen Born guten Weins trachtend. Die Gäste bestanden aus alten Kaufherren, aus üppigen Kommis, Handlungsreisenden und jungen Beamten; doch war die Anzahl derselben immer klein, da man von einem Stammgast eingeführt sein mußte. In die Wirtszimmer gelangte man von seiten der Straße durch eine dunkle Hausflur, in die Betzimmer aber über eine kleine Altane an der Seite des Flusses, welche auf die Treppe zum ersten Stock führte, und auf diese Art war hinlänglich dafür gesorgt, daß die Kinder Israels von jenen Genossen des Weins und der Sünde nicht gesehen wurden.

Was den Freitagabend anbelangt, so hatte der Färbermeister die strengste Weisung, alsdann seine Gaststube geschlossen zu halten und keine Kunden zu empfangen, doch umging er dieses Gebot, indem er seinen Stammgästen ein kleines Gemach nach dem Flusse hin einräumte, wo sie sich ruhig verhalten mußten.

Nachdem ich dem Herrn Specht das feierliche Versprechen geleistet, niemand aus der Familie meines Vetters etwas davon zu sagen, daß ich begnadigt worden sei, die Versammlungen der Frommen zu besuchen, nahm er mich den nächsten Freitag abends gegen sieben Uhr mit sich. Wir kamen in jenes für mich bis dahin ganz unbekannte Stadtviertel, und es dunkelte bereits, als wir über die Altane schritten, unter welcher das stille trübe Wasser des Flusses melancholisch dahinrauschte.

Ich weiß nicht, warum ich mit klopfendem Herzen und ängstlichen Gefühlen in die Versammlung trat. Da saßen die Begnadigten auf einfachen Stühlen und Bänken, Männer von jedem Alter, sowie alte und junge Frauen. Da ich in der Stadt überhaupt wenig Bekanntschaften hatte, so sah ich nur ein einziges Gesicht, das mir nicht fremd war, dasjenige meines Schusters, der mich freundlich blinzelnd, von der Seite ansah und fast unmerklich begrüßte; man überreichte mir ein Gesangbuch, ich ließ mich an der Seite des Herrn Specht nieder und auf ein gegebenes Zeichen fing die Gemeinde an zu singen.

Nach dem letzten Verse — ich glaube, es war der sechsunddreißigste — wurde ein Augenblick stiller Andacht gepflogen und darauf sprach ein junger Mann, schwarz gekleidet, ein angehender hoffnungsvoller Kandidat, zu der Versammlung.

Der Redner hatte aufgehört zu sprechen und sank ermattet in seinen Stuhl, ein neues Lied wurde gesungen und darauf erhob sich der Herr Specht von seinem Stuhl und ging, von meinem Bekannten, dem Schuhmacher, gefolgt, an den Reihen der begnadigten Kinder Israels vorbei. Der Schuster trug auf einer silbernen Platte einen großen silbernen Krug und ebensolchen Becher, den der Herr Specht vollschenkte und jedem der Anwesenden zum Austrinken gab. Auch ich erhielt meinen Teil und trank den süßen Wein, auf eine befehlende Miene des Buchhalters, heftig hinunter. Wunderbar erwärmte mich das Getränk und mein Gehirn durchkreuzten leuchtende Visionen.

„Lassen wir jetzt," sprach der Kandidat mit tiefer zitternder Stimme, „lassen wir jetzt zur stillen Betrachtung schreiten." Die Versammelten erhoben sich, mehrere der anwesenden Weiber schlugen die Augen nieder, andere blickten wild und verlangend um sich. Der Schuster, welcher mir der Diener der Gemeinde zu sein schien, öffnete die Tür des Nebenzimmers, wo von der Decke eine Art Alabasterlampe hing, deren Gehäus aber so dick war, daß kaum so viel Licht durchfiel, um die Gestalten der Hineinwandelnden zu sehen, ohne sie erkennen zu können. Mich erfaßte eine unbeschreibliche Angst, und das geheimnisvolle Dahinschreiten erschien mir grausenhaft, ja gespenstervartig. Die Tür schloß sich, die Lampe schien zu erlöschen und durch die dünnen Vorhänge der Fenster drang vom anderen Ufer des Flusses her das ungewisse Licht der Gasflammen; unten rauschte das Wasser und man hörte in der Versammlung nichts als Flüstern. Nach einiger Zeit erhob der Theolog seine Stimme und sprach: „Siehe, meine Freundin, du bist schön, siehe, schön bist du, deine Augen sind wie Taubenaugen zwischen deinen Zöpfen, dein Haar ist wie die Ziegenherden, die beschoren sind auf dem Berge Gilead."

Er schwieg und nach einer Pause sagte eine andere Stimme: „Deine Zähne sind wie die Herden mit beschnittener Wolle, die aus der Schwemme kommen, die allzumal Zwillinge tragen, und ist keine unter ihnen unfruchtbar."

Eine dritte Stimme fuhr fort: „Deine Lippen sind wie eine rosenfarbene Schnur und deine Rede lieblich, deine Wangen sind wie der Riß am Granatapfel zwischen deinen Zöpfen."

Fortsetzung folgt.

ständliches angesehen haben. Die Beweise findet man dafür in der politischen Geschichte auf Schritt und Tritt. In einer vom Verlag der „Deutschen Tageszeitung" herausgegebenen „Aufklärungsschrift" für die Wahlen 1912 kann man unter dem Stichwort „Beamte" u. a. lesen:

„Wer in einem monarchischen Staate den Beamteneid geleistet hat, der kann unmöglich eine Partei bei den Wahlen oder auch sonst unterstützen, die auf antimonarchischem Boden steht. . . . Durch unmittelbare oder auch mittelbare Unterstützung einer antimonarchischen Partei verletzt der Beamte seinen Diensteid."

Welche Partei ist nun in der Frage des preußischen Wahlrechts antimonarchischer als die konservative? Sie versucht mit allen Mitteln den mit allem Nachdruck und in eindeutiger Weise verkündeten Willen des Monarchen zu durchkreuzen. Die Anhänger des Gottesgnadentums dürfen an des Königs Worten nicht deuteln. Aber auch für sie gilt heute noch, was ihren edlen Vorfahren zur Richtschnur diente:

Und der König absolut,
Wenn er unsern Willen tut!

Der Patriotismus im Geldbeutel.

Der Daimler-Skandal findet bei allen politischen Parteien die gleiche scharfe Verurteilung. Die unerhört freche Ausbeutung der Notlage des Vaterlandes, die die Daimler-Kapitalisten sich geleistet haben, die unglaubliche Streikandrohung, die sie gegen die Regierung richteten, als die nicht mehr so ohne weiteres die erlogenen Millionen, für die das deutsche Volk schwer bluten muß, ausschütten wollte, haben im ganzen Volk einen einzigen Schrei der Entrüstung hervorgerufen. Nur der alldeutsch-schwerindustriellen Presse blieb es vorbehalten, davon eine Ausnahme zu machen. Die Kriegsverdiener, findet diese Presse, müssen mit Samtpfötchen angefaßt werden, auch wenn sie notorische Wucherer sind. Voran geht die ganz aus schwerindustriellem Geld existierende „Deutsche Zeitung". Sie bringt die Schamlosigkeit zu folgendem Erguß auf:

„Die achte Kriegsanleihe steht vor der Tür! Und ausgerechnet wenige Tage vorher läßt die Regierung es zu, daß die Sozialdemokratie aus Vorgängen bei einem industriellen Werk, das immerhin einigen, mit Geld nicht aufzuwiegenden Verdienst um unsere Stellung im Weltkampf hat, einen Skandal inszeniert. Wir fürchten den Handel nicht, aber desto mehr seine Folgen für unsere Kriegsfinanzierung, deren Tragweite und Gefährlichkeit von unserer Regierung unverständlicherweise nicht vorausgesehen zu werden scheint. Man versuche sich einmal klar zu machen, was geschehen kann, wenn der Fall Daimler in der sozialdemokratischen Art weiter ausgesponnen und ausgeschlachtet wird, wie das in diesen Tagen bereits vielversprechend geschehen ist. Die praktischen Weiterungen dürften für unsere neue Kriegsanleihe katastrophal sein. Ob ein solches Ergebnis nicht ganz im Sinne der sozialdemokratischen Führer liegen würde, nachdem der jüngste „Generalstreik" so kläglich Schiffbruch erlitten hat? Ob es nicht gleichfalls ganz im Sinne der rachebedürftigen sozialdemokratischen Hetzer wäre, wenn durch diesen Fall unsere innere Front eingeschlagen werden könnte?

Schon jetzt sind nach uns gewordenen Mitteilungen aus Anlaß der Aufbauschung des Daimlerfalles Voranmeldungen Privater auf die neue Kriegsanleihe zurückgezogen worden. Das Publikum trägt Jahre hindurch schwer an den Kriegslasten, opfert auch gern für das Vaterland; es weiß, daß Sünden bestraft werden, wünscht aber nicht, statt produktiver Reichstagsarbeit eine Sensationsmache, die aus kleinlichen Parteiinstinkten geboren wird. Das deutsche Volk ist noch nicht genügend verweichlicht, um an Affären nach Pariser Aufmachung Gefallen zu finden."

Also, weil die Daimler-Schweinerei im Reichstag aufgedeckt ist, haben Private ihre Voranmeldungen auf die achte Kriegsanleihe zurückgezogen? Ja, sind das denn lauter Wucherer und Betrüger gewesen, die solche Voranmeldungen gemacht haben? Denn nur solche Subjekte könnten das Vaterland in seiner Not im Stich lassen aus Aerger, daß es sich von ihresgleichen nicht willenlos unverschämt ausbeuten läßt. Und zum Anwalt solcher Subjekte macht sich die „Deutsche Zeitung". Oder ist sie der Ansicht, daß die Vaterlandsliebe bei allen Deutschen lediglich im Geldbeutel sitzt? Eine niedrigere Gesinnung, als aus dem Erguß der „Deutschen Zeitung" spricht, ist in diesem Kriege wohl noch nicht ausgesprochen worden.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Am Freitag und Sonnabend waren die Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses wegen der wichtigen Verhandlungen der Budgetkommission und des Verfassungsausschusses ausgefallen. Am Montag wurde vor einem jammervoll teilnahmslosen und schlecht besetzten Hause (es waren im Durchschnitt von den 443 Abgeordneten kaum zehn bis zwölf Herren im Saale anwesend!) die Beratung des Eisenbahnetats fortgesetzt. In der vorigen Woche hatte man die Besprechung der allgemeinen Fragen zu Ende geführt und mit der Erörterung der Lage der Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter begonnen. Die Weiterführung dieser Erörterungen füllte auch den größten Teil der Montagssitzung aus. Ihren Mittelpunkt bildete eine großangelegte Rede unseres Genossen Leinert. Er begann mit einer scharfen Kritik des Verhaltens der Eisenbahnverwaltung, die — entgegen dem ausdrücklichen Versprechen des Ministers! — die Arbeiterausschüsse im Eisenbahnbetriebe keineswegs entsprechend den in Frage kommenden Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes ausgestaltet habe. Und das Dreiklassenhaus decke auch noch dieser Richtung hin den Minister! Es zeige sich dadurch noch in dem Augenblick, wo es in den letzten Zügen liege, seiner ganzen arbeiterfeindlichen Vergangenheit durchaus würdig. — Die Behandlung der Eisenbahnarbeiter, die sich in den ersten beiden Kriegsjahren zweifellos etwas gebessert habe, sei neuerdings wieder genau so rücksichtslos wie vor dem Kriege. Solche Beamten und Arbeiter, die sich der Interessen ihrer Kollegen annähmen, würden ohne Gnade zum Schützengraben verurteilt. Unser Redner trug darüber hochinteressantes urkundliches Material vor und stellte dem Minister weiteres in Aussicht. — Auch sonst hielten sich Leinerts Ausführungen als eine wuchtige Anklagerede gegen den herrschenden Eisenbahnsystem dar. Sie machten auch sichtlich starken Eindruck auf die Regierungsbank, deren Besetzung zeitweise beträchtlich stärker war, als die des hohen Hauses selbst . . .

Der Minister, der schon vorher einmal gesprochen hatte, ergriff gegen Ende der Sitzung noch einmal das Wort, um den starken Eindruck der Rede unseres Genossen abzuschwächen. Aber die Mühe war vergeblich. Die Eisenbahner, die ja in ihren Fachblättern eingehendere Berichte über diese Verhandlungen lesen werden, als die Tagespresse sie heute leider nur bringen kann, werden nicht darüber im Zweifel sein, wo ihre Interessen am wirksamsten gewahrt werden — ob bei der Verwaltung und den bürgerlichen Parteien oder bei der Sozialdemokratie und den Organisationen.

Vor Leinert hatten aus dem Hause der Renommierarbeiter der Konservativen, Herr Wallbaum aus Bielefeld, und der fortschrittliche Fachmann für Beamtenfragen, Herr Delius aus Halle, gesprochen. Auch der konservative Redner hatte bei Not weiter Kreise der Eisenbahner offen anerkannt und gefordert, daß nach dem Kriege „krebsamen" Arbeitern und Hilfsarbeitern durch Bereitstellung der Beamtenstellen die Möglichkeit eines „Aufstieges" gegeben werde. Wenn nur nicht im Gegensatz zu derartigen schönen Worten die Politik der konservativen Fraktion an Entgegenkommen gegenüber den Eisenbahnern von jeher mehr als alles hätte zu wünschen übrig gelassen.

Herr Delius hatte u. a. auf die sehr ernste Stimmung hingewiesen, die besonders auch durch die Verschleppung der Wahlrechtsvorlage in den weitesten Kreisen der Eisenbahner hervorgerufen worden sei.

Nach Leinert sprach aus dem Hause noch kurz und unwesentlich der Nationalliberale Dr. Gottschalk.

Den Schluß der Sitzung bildete eine von Adolf Hoffmann und Ströbel vom Zaune gebrochene Auseinandersetzung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien, bei der Genosse Leinert den beiden Unabhängigen nichts schuldig blieb.

*

Der Handel- und Gewerbe-Etat brachte am Dienstag zunächst eine Rede des konservativen Abg. Röttger, des bekannten Führers der Industriellen, der auch gegen die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung auftrat. Der Zentrumsabg. Dr. Bell verbreitete sich über die Uebergangswirtschaft, der freikonservative Dr. v. Woyna warb um die Seele der deutschen Arbeiterschaft. Nachdem der nationalliberale Abg. Dr. Wendland für Beseitigung der Zwangswirtschaft gesprochen hatte, kam in vorgerückter Stunde Genosse Hue zu Wort, der zunächst Herrn Röttger fragte, wie lange er denn noch den Krieg fortgesetzt und welche ungeheuren Opfer denn noch gebracht werden sollen, um den deutschen Gewaltfrieden nach dem Geschmack des Herrn Röttger zu erreichen. Unser Redner beschäftigte sich auch eingehend mit dem Schleichhandel und mit dem Daimler-Skandal, von dem er ausführte, daß es nicht der einzige derartige Fall sei. Zum Schluß besprach er in eindringlicher Weise die furchtbaren Schädigungen der schwerindustriellen Arbeit auf die Frauen und schloß mit der Frage, wie lange alle diese Zustände noch fortgehen sollen. Die Weiterberatung wurde vertagt.

2. Verbandstag des Bauarbeiter-Verbandes.

Nürnberg, den 12. März 1918.

Im Vorstandsbericht legte Winnig weiter dar, daß es garnicht möglich gewesen sei, am 4. August eine andere Politik einzuschlagen. Die Verbandsinstanzen halten auch jetzt nur eine Realpolitik für möglich. Gewiß möge der eine oder der andere in der ersten Kriegszeit etwas überschwänglich geredet haben, vielleicht auch bei den Gewerkschaften. Aber darauf komme es nicht an; entscheidend sei die Tat, und in dieser Beziehung habe die Generalkommission durchweg das Richtige getroffen. Bei einer anderen Politik wäre es wahrscheinlich garnicht möglich, die gewerkschaftlichen Tagungen abzuhalten. Mit revolutionären Redensarten und Resolutionen sei nichts getan. Die Arbeiterschaft sei nicht imstande gewesen, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Dazu wäre eine internationale Revolution gleichzeitig in allen Ländern erforderlich gewesen. Der Krieg habe viele Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten mit sich gebracht, darunter auch das Hilfsdienstgesetz. Aber bei allen seinen Mängeln sei es doch der Militarisierung der Betriebe vorzuziehen, und seine grundsätzlichen Fortschritte würden auch nach Kriegsschluß aufrecht erhalten bleiben, dafür werde die Arbeiterklasse kämpfen.

Die anschließende Besprechung des Vorstandsberichts drehte sich ausschließlich um die Politik des 4. August. Mit wenigen Ausnahmen billigten die Redner vollständig die Haltung des Vorstandes und der Redaktion des „Grundstein". Die Opposition vertraten u. a. Gauleiter Jakob-Leipzig, Reichstagsabgeordneter Hüttmann und einige Berliner Unabhängige. Ein Berliner Antrag forderte ein Tadelsvotum gegen den Verbandsvorstand und die Redaktion des „Grundstein", weil sie den Boden des Klassenkampfes verlassen hätten. Auch der Generalkommission, mit der der Verbandsvorstand konform gehe, solle schärfste Mißbilligung ausgesprochen werden. Die Arbeiterklasse könne sich von wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung nicht durch die erschlichene Gunst der Regierung und der bürgerlichen Parteien befreien, sondern nur einzig und allein durch die eigene Kraft auf dem Boden des Klassenkampfes. Nicht der Wille des Vorstandes und der Instanzen, sondern der Wille der Mitglieder müsse oberstes Gesetz sein. Der Verbandstag solle mit der Politik des 4. August brechen, die Berliner Delegierten seien verpflichtet, in diesem Sinne zu wirken.

Die Rede, in der Landtagsabgeordneter Paul Hoffmann diesen Standpunkt entwickelte, rief wiederholt lebhaften Widerspruch hervor. Starken Eindruck machte die Erklärung von Fröhlich-Köln, daß er nicht weniges von der Kritik der Opposition unterschreibe, aber doch nicht mit ihr gehen könne, weil ihre Taktik auf die bewußte Zerreißung der Arbeiterbewegung hinauslaufe. Auch eine halbstündige Rede von Winnig, die den Unterschied in der Stellungnahme der Regierung und der herrschenden Kreise zu den Gewerkschaften vor und während des Krieges darstellte und das Interesse der deutschen Arbeiterklasse an der unversehrten Erhaltung des Reiches nachwies, wurde stark beachtet. — Die Debatte soll noch heute zu Ende geführt werden. Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß die übergroße Mehrheit des Verbandstages den Standpunkt des Vorstandes und der Redaktion des „Grundstein" billigen wird.

Nürnberg, den 13. März 1918.

Der Verbandstag des Bauarbeiter-Verbandes hat zum Schluß der Generaldebatte über die Kriegspolitik des Verbandes mit allen gegen 3 Stimmen dem Vorstand Entlastung erteilt und dadurch zugleich die Zustimmung zur Politik des 4. August ausgesprochen.

Zur Ausführung des Hilfsdienstgesetzes nahm der Verbandstag dann folgende Entschließung an:

„Der Verbandstag sieht sich zu der Feststellung genötigt, daß zahlreiche Unternehmer die Arbeiterschutzbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes in gröblichster Weise verletzen und leider auch nicht wenige Kriegsamtstellen und militärische Behörden solchem Verhalten Vorschub leisten. Der Verbandstag erhebt dagegen den schärfsten Widerspruch und fordert die Reichsbehörden auf, hier ohne Zaudern und mit starker Hand einzugreifen, um wichtige allgemeine Interessen vor Schaden zu bewahren. Der Verbandstag ersucht die Generalkommandostellen, sich der Beschwerden der Bauarbeiter anzunehmen und sie bei den zuständigen Behörden zu vertreten; diesen auch nahezulegen, daß es ein Gebot der Pflicht ist, den Schiedssprüchen und Urteilen Geltung zu verschaffen, die sich an Tarifverträge, Urteile und Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse und Tarifinstanzen nicht halten wollen, sollen die Arbeiten entzogen und diese Firmen übergeben werden, die tarifiert sind und sich den Urteilen der oben genannten Instanzen fügen. Arbeiter, die aus diesen Gründen den Abkehrschein nehmen oder erhalten, sollen nicht zum Heeresdienste eingezogen werden, den widerspenstigen Unternehmern kein Ersatz mehr gestellt werden."

Dann begann die Beratung der neuen Statuten. Vorstand und Ausschuß legten einen völlig neuen Entwurf vor, der eine wesentliche Erhöhung der Beiträge und Erweiterung der Unterstützungssätze vorsieht. Insbesondere soll die Arbeitslosenunterstützung auf das ganze Jahr ausgedehnt werden, während bisher infolge der eigenartigen Verhältnisse des Baugewerbes die Monate Januar und Februar davon ausgenommen waren. Im großen Ganzen fand der Entwurf die Zustimmung der Delegierten; doch wurden im einzelnen mancherlei Wünsche laut. So wurde u. a. angeregt, die Krankenunterstützung wieder zu beseitigen. Verschiedene Redner wünschten, daß nicht die Bezirksleiter den Beirat bilden, sondern daß die Vertreter dazu auf den Bezirkstagen gewählt werden möchten.

Die Verhandlungen gehen weiter.

Ein Riesenkanal-Projekt.

Es wird geplant, einen Kanal vom Baltischen Meer bis zum Schwarzen Meer zu führen. Der Lübecker Senat hat eine von der dortigen Handelskammer nach Verhandlungen mit dem Börsenkomitee der Stadt Riga verfaßte Denkschrift den zuständigen Stellen übermittelt. Die Kosten werden auf rund 2 Milliarden Mark berechnet. Dieser Kanal würde ein erheblicher Faktor im deutsch-russischen Wirtschaftsprogramm sein. Großrußland und die Randvölker bekämen einen bequemen Weg zu den Meeren. Im Norden dürfte der Kanal auch für große Dampfer fahrbar werden. Mit der Erklärung Rigas zum Freihafen dürfte den Interessen Rußlands weiter entgegengekommen werden. Im Süden wird die Ukraine von dem neuen, mit allen modernen Einrichtungen zu versehenden Wasserweg profitieren. Von der größten Wichtigkeit würde, wie die in der „Voss. Ztg." veröffentlichte Denkschrift ausführt, die Abkürzung der Transportwege aus Südrußland nach nordeuropäischen Häfen sein. Der Wasserweg von Odessa nach Hamburg, der heute um Europa herumführt und 7454 Kilometer beträgt, würde durch die Riga—Cherson-Verbindung auf 3895 Kilometer herabgedrückt, also etwa um die Hälfte verkürzt werden. Die Vorteile für Deutschland würden nach der Denkschrift folgende sein:

1. Die durch einen leistungsfähigen, fast 2500 Kilometer langen Wasserweg bedingten bedeutenden Frachtersparnisse würden Rußlands Aufnahmefähigkeit für deutsche Industrieerzeugnisse und deutsche Handelsgüter aller Art gewaltig stärken. — 2. Diese Frachtverbindungen würden zugleich den Bezug russischer Boden- und Erwerbserzeugnisse für Deutschland erheblich verbilligen. — 3. Die hierdurch bedingte engere wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands und Rußlands wäre auch politisch für die Zukunft von großer Bedeutung. — 4. Die von deutschen Ost- und Nordseehäfen betriebene Ostseeschiffahrt würde eine äußerst wertvolle bedeutende Befruchtung erfahren. — 5. Die ohnehin durch den Wettbewerb der holländischen und belgischen Häfen stark beeinträchtigte Stellung der deutschen Nordseehäfen (Hamburg und Bremen) würde infolge der Zurückdrängung der Schiffahrt von den Schwarze-Meer-Häfen um Gibraltar herum erheblich gewinnen. — 6. Der Kaiser-Wilhelm-Kanal würde aus dieser Ablenkung große Vorteile der bisherigen Schwarze-Meer-Verschiffungen nach allen nord- und nordwesteuropäischen Ländern bedeutenden Nutzen ziehen. — 7. Die durch den kürzeren Seeweg bedingte Ersparnis an Seeschiffsraum bedeutet eine dauernde wünschenswerte Erleichterung der zu besorgenden lange anhaltenden Frachtraumnot. — 8. Die Ernährung Deutschlands wäre nicht mehr von der Offenhaltung des Mittelmeerweges sowie des Donauweges abhängig.

Die Denkschrift tritt dafür ein, daß Deutschland Rußland bei der Finanzierung der auf russischem Gebiet vorzunehmenden Arbeiten finanziell unterstütze.

Aus dem Gerichtssaal.

200 000 Mark Geldstrafe. Der Kaufmann Gruhle in Dresden wurde wegen Mehlschiebungen und Kriegswuchers zu einem Jahr Gefängnis und 191 292 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem erhielten die Mitangeklagten König 13 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, Reuschel 4 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe und Schmidt 6 Wochen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe.

Aus Nah und Fern.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. In der Trockenschnitzelanstalt der Tiebertschen Ziegelei in Quedlinburg geriet die Arbeiterfrau Kogel in die Transmission und wurde so gewaltig herumgeschleudert, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ihr Mann mußte den Unglücksfall mit ansehen. — Auf Schacht Wolfsbank des Essener Bergwerkvereins „König Wilhelm" ereignete sich eine Entzündung von Schlagwettersammlungen, der drei Mann zum Opfer fielen.

Die auslosbaren 4½ prozentigen Schatzanweisungen der 8. Kriegsanleihe.

Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersucht:

Wie bereits mitgeteilt, werden zur 8. Kriegsanleihe neben den 5prozentigen Schuldverschreibungen wiederum 4½prozentige Schatzanweisungen ausgegeben, die den Ausgabebedingungen nach mit den zur 6. und 7. Kriegsanleihe aufgelegten Schatzanweisungen übereinstimmen. Der Ausgabekurs von 98 Prozent gewährleistet den Zeichnern einen Zinsgenuß von 4,6 Prozent und der Auslosungskurs von 110 Prozent eröffnet ihnen die Aussicht auf einen Gewinn von 12 Prozent. Die Schatzanweisungen werden halbjährlich gruppenweise ausgelost und müssen spätestens zum 1. Juli 1967 getilgt sein. Der Auslosungsgewinn kann im übrigen in späteren Jahren noch größer werden, weil bei einer Herabsetzung des Zinsfußes auf 4 Prozent, die — im Wege der Kündigung — frühestens am 1. Juli 1927 erfolgen kann (aber erst viel später zu erfolgen braucht), der Auslosungskurs auf 115 Prozent heraufgesetzt wird. Bei einer weiteren Herabsetzung des Zinsfußes auf 3½ Prozent, die das Reich frühestens 10 Jahre nach der ersten Kündigung vornehmen kann, steigt der Auslosungskurs sogar auf 120 Prozent. Wer aber von diesen gesteigerten Gewinnmöglichkeiten von 17 Prozent oder 22 Prozent keinen Gebrauch machen will, kann sich bei jeder der beiden Kündigungen seine Schatzanweisungen zum Nennwert (nicht zum Ausgabekurs) auszahlen lassen.

Unter diesen Umständen wird auch bei manchem der Wunsch rege werden, seinen Besitz an früheren Kriegsanleihen in neue 4½prozentige Schatzanweisungen umzutauschen. Entgegenkommenderweise hat daher die Reichsfinanzverwaltung bestimmt, daß die Zeichner von 4½prozentigen Schatzanweisungen zugleich den doppelten Betrag der vorher erwähnten Papiere umtauschen können.

Die günstigen Gewinnaussichten, die Verringerung der Anzahl der Schatzanweisungen durch die Tilgung, ferner die gute Verzinsung werden, zumal die glücklichen Besitzer von ausgelosten Stücken stets geneigt sein werden, sich Ersatzstücke zu beschaffen, zweifellos die beste Wirkung auf den Kursstand dieses Wertpapieres ausüben. Die Entschließung, ob man Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen wählen soll, muß natürlich jeder selbst treffen. Aber gerade für denjenigen, der sein Geld auf längere Zeit anlegen will, bilden die 4½prozentigen Schatzanweisungen infolge des sicheren Gewinnes eine vorzügliche Kapitalsanlage. Daher sollte jeder Kapitalist, insbesondere die großen Vermögensverwaltungen, die Banken, Sparkassen, Genossenschaften, Versicherungsgesellschaften, industriellen Unternehmungen usw. der Frage der Zeichnung von Schatzanweisungen besondere Beachtung schenken. Die erste Auslosung dieses anläßlich der 6. Kriegsanleihe neugeschaffenen Wertpapiertypus hat übrigens schon stattgefunden. Am 1. Juli dieses Jahres werden vier Gruppen der Schatzanweisungen mit 110 Prozent zurückgezahlt. Den Inhabern der Schatzanweisungen der 8. Kriegsanleihe winkt die erste Auslosung ebenfalls sehr bald, nämlich im Januar nächsten Jahres, und zwar wird im ersten Auslosungstermin, um diese neuen Schatzanweisungen denen der 6. und 7. Kriegsanleihe völlig gleichzustellen, die dreifache Anzahl von Gruppen wie in den gewöhnlichen Terminen ausgelost werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck